

Das Denken der Nichtwählerinnen und Nichtwähler

Einstellungsmuster und politische Präferenzen

Beate Küpper

2. AKTUALISIERTE
AUSGABE



GUTACHTEN

EMPIRISCHE
SOZIALFORSCHUNG

7

FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

DEMOKRATIE
WÄHLE!
KANN MICH
KREUZWEISE

NICHTWÄHLER_INNEN



Das Denken der Nichtwählerinnen und Nichtwähler

Einstellungsmuster und politische Präferenzen

Beate Küpper

2. AKTUALISIERTE
AUSGABE

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG



Impressum

ISBN 978-3-95861-860-2

2. aktualisierte Ausgabe

Herausgegeben vom

Forum Berlin
Friedrich-Ebert-Stiftung
Dr. Dietmar Molthagen
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Autorin

Beate Küpper

Lektorat

Barbara Hoffmann

Fotos

Meinzahn/istockphoto.de; maxoidos, Gina Sanders,
VRD/fotolia.com; kallejipp/photocase.de; pellens.de

Gestaltung

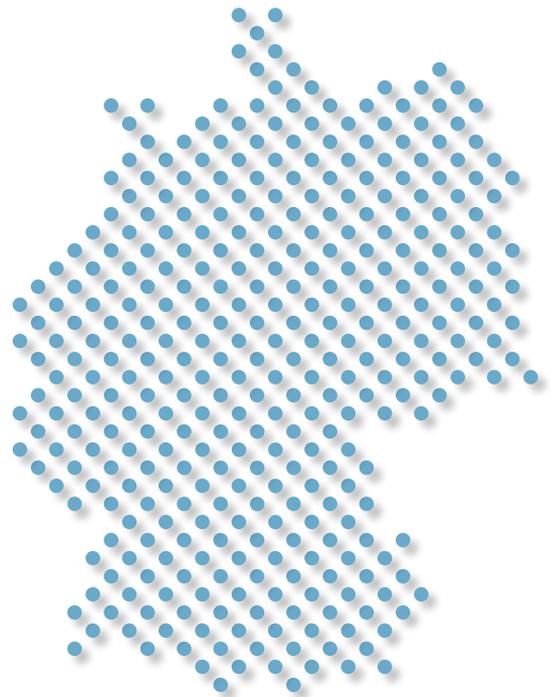
Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Druck

Druckerei Brandt GmbH, Bonn

© 2017 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES
herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche
Zustimmung durch die FES nicht gestattet.



Inhalt

Anmerkungen der Autorin zur aktuellen Fassung	4
Einleitung	
Was ist über Nichtwähler_innen bekannt?	6
Nichtwähler_innen in einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage	7
Erreichbarkeit	7
Nichtwähler_innen in der FES-Mitte-Studie	8
Demografische Merkmale	9
Politische Einstellungen von Nichtwähler_innen	12
(Relative) Deprivation	12
Politische Selbstverortung	14
Politische Machtlosigkeit und Demokratiemisstrauen	15
Sympathie mit dem Rechtspopulismus	16
Rechtspopulistische Einstellungen	17
Gewaltaffinität	20
Marktförmiger Extremismus	21
Zusammenfassung	23
Erste Schlussfolgerungen	24
Literaturverzeichnis	27
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis.....	28
Die Autorin	29

Anmerkungen der Autorin zur aktualisierten Fassung

Der vorliegende Bericht ist eine aktualisierte Fassung der Sonderauswertung über die Einstellungen von Nichtwähler_innen (Küpper 2016) auf Basis der Daten der Studie „Fragile Mitte“ der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2014, die unter Leitung von Prof. Dr. Andreas Zick vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt wurde (Zick/Klein 2014). Er konzentriert sich nun auf die neuen Befunde aus der Studie „Gesplante Mitte“ aus dem Erhebungsjahr 2016 (Zick/Küpper/Krause 2016) und hebt Veränderungen zu 2014 hervor.

Zum Zeitpunkt der Befragung im Sommer 2016 war die Flüchtlingsbewegung bereits seit einem Jahr das beherrschende Thema, viele Menschen äußerten Verunsicherung und deutliche Ablehnung gegenüber Geflüchteten, zugleich war die Hilfsbereitschaft anhaltend hoch. Wie auch die Erhebung 2014 war die FES-Mitte-Studie 2016 als repräsentative Bevölkerungsumfrage angelegt. Im Fokus stehen politische Einstellungen zu Demokratie und Parteien sowie mögliche rechtspopulistische und menschenfeindliche Einstellungen. Die Einstellungen der selbst erklärten Nichtwähler_innen werden im Folgenden jeweils mit denen der erklärten Wähler_innen verglichen. Der Anteil von Nichtwähler_innen ist in der Erhebung, die im Sommer 2016 stattgefunden hat, kleiner als in der Erhebung 2014. Die Befunde müssen also mit größter Zurückhaltung bewertet werden. Der Anteil der noch Unentschlossenen ist in der Erhebung 2016 hingegen etwas höher. Einige dieser Befragten werden sich später – etwa bei der Bundestagswahl im September 2017 – ggf. dafür entscheiden, nicht zu wählen bzw. sind möglicherweise noch offen für die Ansprache, doch wählen zu gehen. Daher wird ihnen im vorliegenden aktualisierten Bericht mehr Aufmerksamkeit geschenkt.

Seit den 1970er Jahren ist die Beteiligung an Wahlen deutlich zurückgegangen. Bei den letzten Bundestagswahlen im Jahr 2013 lag die Wahlbeteiligung nur noch bei knapp 72 Prozent, während 28 Prozent der Wahlbe-

rechtigten nicht zur Wahl gingen. Auch wenn bei den jüngsten Landtagswahlen in 2015 wieder etwas mehr Menschen zur Wahl gingen, so ist der Anteil derjenigen, die ihre Stimme auch bei den großen Wahlen nicht abgeben, nach wie vor erheblich. Trotz eines signifikanten Anstiegs der Wahlbeteiligung hat beispielsweise jede_r dritte Wahlberechtigte in Nordrhein-Westfalen bei den Landtagswahlen im Mai 2017 nicht mitgestimmt.

Die niedrige Wahlbeteiligung, die damit in Deutschland auf dem Niveau anderer westlicher Demokratien angekommen ist, wird von einigen Beobachter_innen als „Normalisierungsprozess“ oder gar als ein Zeichen für Zufriedenheit angesehen. Manfred Güllner widerspricht in seiner Analyse von Nichtwähler_innen aus dem Jahr 2013 für die Friedrich-Ebert-Stiftung dieser These vehement und hebt hervor, dass der Rückgang der Wahlbeteiligung in keiner anderen westlichen Demokratie mit Ausnahme Portugals in den letzten Jahrzehnten ähnlich dramatisch ist. Unabhängig von der Bewertung ihres Rückgangs verweist die niedrige Wahlbeteiligung darauf, dass sich ganz offensichtlich viele Menschen von der politischen Partizipation über Wahlen verabschiedet haben. Auch wenn umstritten ist, inwieweit eine niedrige Wahlbeteiligung die Legitimität einer Demokratie schmälert, wirft sie für eine repräsentative Demokratie, die auf Beteiligung setzt, ein ganz grundsätzliches Problem auf, das nicht nur Parteien betrifft, sondern ggf. auch die demokratische Zivilgesellschaft als Ganzes.

Dies gilt umso mehr, wenn die Beteiligung bzw. Nichtbeteiligung systematisch verzerrt ist und die Wählerschaft nicht mehr die Bürger_innen eines Landes repräsentiert. Dies ist in Deutschland in den letzten Jahren der Fall. Es gehen insbesondere Personen aus benachteiligten sozialen Lagen nicht wählen. Robert Vehrkamp kommt in seiner Analyse von 2015 für die Bertelsmann Stiftung zu dem besonders alarmierenden Schluss, wonach „sozial benachteiligte Milieus bis zu einem Drittel unterrepräsentiert“ seien. Diesen Befund bestätigen die Analysen von Michael Kaeding und Stefan Haußner (2016) in ihrem

aktuellen Bericht für die Friedrich-Ebert-Stiftung für verschiedene Bundesländer und auch andere europäische Staaten. Diese systematische Verzerrung nährt den Verdacht, Nichtwähler_innen könnten sich nicht nur in ihrer sozialen Lage, sondern auch in ihrer politischen Meinung, die damit überzufällig oft einhergehen, systematisch von Wähler_innen unterscheiden.

Aus der Sicht von Parteien stellen die Nichtwähler_innen zudem immer auch ein mögliches Wählerpotenzial dar. Zudem ist es im Interesse einer lebendigen Demokratie, dass möglichst viele an Entscheidungen mitwirken und also Nichtwähler_innen für die politische Partizipation zurückgewonnen werden. Auch dies wirft die Frage nach den politischen Haltungen der Nichtwähler_innen auf, um Antworten darauf zu finden, ob und wie Nichtwäh-

ler_innen politisch angesprochen und zur Beteiligung an Wahlen gewonnen werden können. Begleitet ist die Frage nach den Haltungen von Nichtwähler_innen allerdings auch von der Sorge, Nichtwähler_innen – oder ein Teil von ihnen – könnten sich als mindestens demokratiekritisch oder als rechtspopulistisch eingestellt herausstellen und sich, wenn sie denn zur Wahl gehen würden, für eine Partei am rechten Rand oder sogar außerhalb des demokratischen Spektrums entscheiden. Die Analysen der Wählerwanderungen der vergangenen Landtagswahlen deuten darauf hin, dass es der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) vor allem bei den Wahlen 2015 und 2016 tatsächlich gelungen ist, zahlreiche Nichtwähler_innen für sich zu aktivieren. Welche politischen Meinungen vertreten also die Nicht-Wähler_innen?

Einleitung

Was ist über Nichtwähler_innen bekannt?

Die hier vorgestellten Befunde ergänzen eine Reihe von Analysen, die mittlerweile über Nichtwähler_innen durchgeführt wurden. Bekannt und bereits angesprochen ist, dass unter den Nichtwähler_innen deutlich mehr Personen unterer sozialer Schichten, d. h. mit vergleichsweise niedrigerer Schulbildung, geringerem Einkommen und Berufsstatus bzw. häufigerer Arbeitslosigkeit anzutreffen sind (u. a. Güllner 2013; Vehrkamp 2015; Faas 2010; Kaeding/Haußner 2016). Durch die gezielte Befragung von Nichtwähler_innen, die Manfred Güllner für die Friedrich-Ebert-Stiftung 2012 durchgeführt hat, ist inzwischen auch mehr über ihre konkreten Einstellungen und Verhaltensweisen im Zusammenhang mit dem politischen System bekannt. Demnach sind Nichtwähler_innen – nach eigener Aussage – durchaus politisch interessiert und informiert. Es sind überwiegend politische Gründe, aus denen heraus sie sich der Wahl enthalten – sie äußern eine hohe Unzufriedenheit mit der derzeitigen Politik und besonders der Art und Weise, wie Politik gemacht wird. Beklagt wird, dass Politiker kein Ohr mehr für die Sorgen, Nöte und Ängste der „kleinen Leute“ hätten. Nach Einschätzung der Nichtwähler_innen würde eine Politik, die sich mehr um die Bürger_innen kümmert, die Wahlbereitschaft erhöhen.

Viola Neu hat in einer Analyse für die Konrad-Adenauer-Stiftung zudem die geringe Bindung an Parteien und das geringer ausgeprägte Gefühl der „Wahl als Bürgerpflicht“ belegt. Deutlich wird in diesen Studien aber auch, dass Nichtwähler_innen keineswegs eine homogene Gruppe

sind. Während einige nur sporadisch nicht wählen gehen und sich eher als „Wähler im Wartestand“ (Güllner 2013) verstehen, lassen sich andere als dauerhafte Nichtwähler_innen kennzeichnen. Je häufiger und dauerhafter Befragte nicht zur Wahl gehen, desto größer scheint ihr Unmut über das politische System und „die Politiker“ ausgeprägt. Während die einen der von ihnen bis dato präferierten Partei durch ihre Wahlverweigerung vor allem einen gezielten „Denkzettel“ verpassen wollen, sehen die anderen keinen Sinn mehr im Wählengehen und lassen sich als politisch entfremdet charakterisieren (Neu 2012). Etliche fühlen sich durch keine der Parteien vertreten, sind insgesamt mit dem politischen Kurs und dem demokratischen System unzufrieden oder lehnen es gar ganz ab. Hier versammeln sich sowohl erklärte Protest-Nichtwähler_innen als auch die eher unspezifisch gesellschaftspolitisch Unzufriedenen. Und es gibt unter den Nichtwähler_innen auch Personen, die ganz allgemeinpolitisch nicht interessiert sind und der Wahlentscheidung nur eine geringe Bedeutung für das eigene Leben zuschreiben. Ein kleiner Teil der Nichtwähler_innen geht auch deshalb nicht zur Wahl, weil er dies nicht für nötig befindet, solange er mit der politischen Lage zufrieden ist (Neu 2012). Die Nichtbeteiligung an Wahlen kann demnach also sowohl Ausdruck eines gezielten Protestes sein als auch eine allgemeine politische Unzufriedenheit oder Politikferne widerspiegeln oder beides geht ineinander über. Die vorliegende Analyse ergänzt diese Untersuchungen mit einem Blick insbesondere auf Einstellungsmuster, die im Zusammenhang mit Rechtspopulismus diskutiert werden.

Die FES-Mitte-Studien sind als allgemeine Bevölkerungsumfragen zu gesellschaftspolitischen Themen rund um den Themenkomplex „Vorurteile, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus“ angelegt. Es handelt sich jeweils nicht um eine gezielte Nichtwähler_innen-Befragung, sondern die Nichtwähler_innen wurden über die „Sonntagsfrage“ ermittelt. Die abgefragten Einstellungen richten sich also an die gesamte Bevölkerung und sind nicht explizit auf Nichtwähler_innen ausgerichtet. Daher ist zunächst eine Einordnung der Stichprobe von Bedeutung, um Hinweise auf die Reichweite oder ggf. auch systematische Verzerrung der Befunde zu erhalten.

Erreichbarkeit

Schwer zu beantworten ist die Frage, wie gut die tatsächlichen Nichtwähler_innen bei Wahlen durch die Erfassung der erklärten Nichtwähler_innen in Bevölkerungsumfragen abgebildet werden. Hierzu gibt es keine abgesicherten Daten, aber es lassen sich Überlegungen zur Repräsentativität der Abbildung bzw. zu möglichen Verzerrungen der im Folgenden als „erklärte Nichtwähler_innen“ bezeichneten Stichprobe anstellen. Der Anteil von erklärten Nichtwähler_innen in Bevölkerungsumfragen ist in der Regel deutlich niedriger als der Anteil tatsächlicher Nichtwähler_innen bei Wahlen. Es werden also längst nicht alle tatsächlichen Nichtwähler_innen in allgemeinen Bevölkerungsumfragen erreicht. Einige Befragte können angeben, nicht zur Wahl gehen zu wollen, dies später aber doch tun und umgekehrt – und dies ist wahrscheinlicher – von den erklärten Wähler_innen etliche dann doch nicht wählen gehen. Durch gezielte Nachwahl-Befragungen, die sich zeitnah an Nichtwähler_innen richteten, wird versucht, näher an die tatsächlichen Nichtwähler_innen heranzukommen (u. a. Güllner 2013; Neu 2012). Dennoch liegt auch in gezielten Nachwahlbefragungen der Anteil der erreichten Nichtwähler_innen deutlich unterhalb ihres tatsächlichen Anteils. Für das Auseinanderklaffen des Anteils erklärter und tatsächlicher Nichtwähler_innen werden eine Reihe von Gründen diskutiert, u. a. spielen fehlerhafte Wählerverzeichnisse und alltagspraktische Gründe, nicht zur Wahl zu gehen, eine

Rolle, aber auch das sogenannte Overreporting, das von sozialer Erwünschtheit motiviert ist; d. h., es geben mehr Personen an, zur Wahl gehen zu wollen, als sie es dann tatsächlich tun, weil sie das Wählengehen als ein sozial erwünschtes Verhalten bzw. als soziale Norm im Sinne einer „Bürgerpflicht“ betrachten. Dieser würden sie gegenüber sich selbst und dem Interviewer eigentlich gerne nachkommen, tun es nur dann aus privaten oder alltagspraktischen Gründen doch nicht. Diese Personen sind in der Regel also keine Nichtwähler_innen aus Protest, sondern im Gegenteil, sie bleiben eher aus anderen, nicht explizit politischen Gründen der Wahl fern.

Die in allgemeinen Bevölkerungsumfragen wie den vorliegenden ermittelten expliziten Nichtwähler_innen dürften am ehesten dem Typus der „Dauer-Nichtwähler“ und „Wahlverweigerer“ ähneln, wie Güllner (2013) sie in seiner Analyse beschreibt. Für die Interpretation von Befunden aus repräsentativen Bevölkerungsumfragen ist weniger der im Vergleich zu den tatsächlichen Nichtwähler_innen geringere Anteil erreichter erklärter Nichtwähler_innen ein Problem. Vielmehr interessiert die Frage einer möglichen systematischen Verzerrung der erreichten Stichprobe, die dann ggf. auch einen verzerrten Eindruck von Nichtwähler_innen vermitteln würde. Deswegen ist fraglich, ob in allgemeinen Bevölkerungsumfragen einige Typen von tatsächlichen Nichtwähler_innen nicht abgebildet werden. Es lassen sich zu möglichen Verzerrungen jedoch hypothetische Überlegungen anstellen, die auch empirisch gestützt sind. Auf der einen Seite neigen insbesondere eher besser gebildete und gut situierte Personen zum Overreporting, d. h., sie geben bei der Befragung an, wählen gehen zu wollen, tun dies dann aber aus persönlichen und alltagspraktischen Gründen doch nicht. Dadurch wird in allgemeinen Bevölkerungsumfragen die soziale Lage der vermeintlichen Wählergruppe etwas überschätzt. Umgekehrt nehmen sozial schlechter gestellte Personen nicht nur deutlich seltener an Wahlen teil, sondern auch an Bevölkerungsumfragen. Diese systematische Verzerrung wird bei Repräsentativbefragungen durch entsprechende Gewichtung der Antworten versucht auszugleichen. Dennoch gibt es Hinweise darauf, dass der Anteil sozial Benachteiligter an den tatsächlichen

Nichtwähler_innen eher unterschätzt wird (Vehrkamp 2015). Zudem fühlen sich Nichtwähler_innen häufiger auch subjektiv ökonomisch und sozial depriviert (Neu 2012).

Besonders problematisch sind Verzerrungen, die eng mit der Thematik der Befragung – hier die politischen Einstellungen – verknüpft sind. So liegt es nahe, dass „systemkritische Protest-Nichtwähler“, die insgesamt mit Staat und Politik unzufrieden sind, mit größerer Wahrscheinlichkeit auch nicht an Umfragen – insbesondere solchen, die von Universitäten bzw. parteinahen Stiftungen in Auftrag gegeben sind, wie dies auf die hier ausgewertete Studie zutrifft – teilnehmen (siehe dazu auch Caballero 2005). Entsprechend wären sie in allgemeinen Bevölkerungsumfragen unterrepräsentiert und ihr Anteil an den tatsächlichen Nichtwähler_innen unterschätzt. Nichtwähler_innen-Analysen verweisen auf den deutlich überproportionalen Anteil von Personen aus einer prekären sozialen Schicht (geringere Schulbildung, niedrigeres Einkommen und niedrigerer Berufsstatus) und systemkritischer bzw. politisch entfremdeter Personen. Die hier im Folgenden untersuchten rechtspopulistischen und damit verwandten Einstellungsmuster finden sich häufiger bei Befragten aus unteren sozialen Lagen (Küpper/Zick/Krause 2015) und bei jenen, die sich politisch machtlos und entfremdet fühlen (Klein/Hüpping 2008). Die hier berichteten Befunde dürften also das rechtspopulistische Einstellungsmuster von Nichtwähler_innen eher unter- als überschätzen.

- Der Anteil der in repräsentativen Bevölkerungsumfragen erreichten erklärten Nichtwähler_innen liegt deutlich unter dem Anteil von tatsächlichen Nichtwähler_innen.
- Rechtspopulistische Einstellungsmuster dürften bei tatsächlichen Nichtwähler_innen eher noch weiter verbreitet sein als sich dies aus Bevölkerungsumfragen ablesen lässt.

Nichtwähler_innen in der FES-Mitte-Studie

In beiden FES-Mitte-Studien wurde jeweils im Frühsommer 2014 bzw. 2016 eine repräsentative Bevölkerungsstichprobe telefonisch befragt. Darunter sind im Erhebungs-

jahr 2014 1 824, in 2016 1 815 wahlberechtigte Befragte ab 18 Jahren mit deutscher Staatsbürgerschaft. Danach gefragt, welche Partei sie wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären, erklären in 2014 rund 10 Prozent, nicht zur Wahl gehen zu wollen, 17 Prozent sind noch unentschlossen, d. h., sie antworten auf die Sonntagsfrage mit „weiß nicht“ (dies tun 10 Prozent) oder machen gar keine Angaben zu ihrer Wahlentscheidung (7 Prozent). In 2016 geben zwar genauso viele Befragte eine Partei an, die sie wählen würden (in beiden Jahren sind dies rund 73 Prozent), doch nur gut 6 Prozent sagen, nicht wählen zu wollen, während 21 Prozent noch unsicher sind und mit „weiß nicht“ (16 Prozent) antworten bzw. keine Angabe (5 Prozent) machen.¹

Im Folgenden werden diejenigen, die angeben, nicht zur Wahl gehen zu wollen, als erklärte „Nichtwähler_innen“ bezeichnet, diejenigen, die noch unentschlossen sind oder keine Angaben machen, als „Unentschlossene“, und alle, die auf die Sonntagsfrage hin eine Partei benennen, als „Wähler_innen“. Die Nichtwähler_innen werden beschrieben und mit den beiden anderen Gruppen verglichen. Betont sei, dass diese drei Kategorien von Befragten in sich keineswegs homogen sind, also gerade keine jeweils einheitliche „Gruppe“ bilden. Alle verallgemeinernden Aussagen über diese drei Gruppen beziehen sich immer auf die jeweilige Tendenz dieser künstlich anhand der Wahlaussage zusammengeführten Gruppen. Einzelne können in ihren Merkmalen und Haltungen von der Tendenz in ihrer Gruppe abweichen. Für differenziertere Analysen der Nichtwähler_innen ist im vorliegenden Datensatz die Stichprobe schlicht zu klein. Auch bei den noch „Unentschlossenen“ muss aufgrund der zu geringen Stichprobengröße auf eine differenzierte Analyse verzichtet werden. Mit aller gebotenen Vorsicht sei erwähnt, dass sich jene, die mit „weiß nicht“ geantwortet haben, in den im Folgenden untersuchten Einstellungsmustern nicht sehr von jenen unterscheiden, die mit „keine Angabe“ geantwortet haben.

- Zum Zeitpunkt der Befragung im Sommer 2016 sind gut 6 Prozent der Befragten erklärte Nichtwähler_innen (in der FES-Mitte-Studie 2014 waren dies 10 Pro-

¹ In einer vergleichbar angelegten, vom gleichen Befragungsinstitut SUZ durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsumfrage aus dem Herbst 2016 liegt der Anteil der erklärten Nichtwähler_innen bei knapp 7 Prozent, der Anteil Unentschlossener bei 23 Prozent (Küpper/Klocke/Hoffmann 2017). Dies liefert eine Bestätigung für die in der FES-Mitte-Studie 2016 für den Befragungszeitpunkt Sommer 2016 ermittelten Werte.

zent). 21 Prozent der Befragten sind noch Unentschlossene, d. h., sie wissen noch nicht, welche Partei und ob sie überhaupt wählen wollen bzw. machen keine Angabe zu ihrer Wahlentscheidung (in 2014 waren dies 17 Prozent).

Demografische Merkmale

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die demografische Zusammensetzung der Stichprobe der Nichtwähler_innen sowie auch der Wähler_innen und der Unentschlossenen in 2014 und 2016.

In 2016 sind die befragten Nichtwähler_innen im Durchschnitt gut 47 Jahre alt und damit etwas jünger als die Wähler_innen, die im Durchschnitt 52 Jahre alt sind. Der Anteil von Frauen unter den Nichtwählern ist mit 75 Prozent deutlich überproportional. Der Anteil von Befragten aus Ostdeutschland² liegt bei knapp 20 Prozent und wie auch bei den Wähler_innen haben 23 Prozent einen Migrationshintergrund.³ 34 Prozent der erklärten Nichtwähler_innen verfügen über einen niedrigen, 48 Prozent über einen mittleren und knapp 19 Prozent über einen höheren Schulabschluss. Damit liegt das Bildungsniveau etwas, aber nicht sehr auffällig unter dem der Wähler_innen. 28 Prozent verfügen über ein niedriges Einkommen, 67 Prozent über ein mittleres und nur knapp 5 Prozent über ein höheres Einkommen.⁴ Damit unterscheiden sie sich nur geringfügig von den Wähler_innen, unter denen allerdings der Anteil von Personen mit höheren Einkommen größer ist. Unter den Erwerbstätigen sind 13 Prozent Arbeiter_innen und 83 Prozent Angestellte, bei den nicht-erwerbstätigen Befragten bilden mit 38 Prozent Hausfrauen/-männer die größte Gruppe – noch vor den Rentner_innen. 5 Prozent sind arbeitslos oder arbeitssuchend. Von den Nichtwähler_innen gehören 13 Prozent einer Gewerkschaft an, bei den Wähler_innen sind dies knapp 21 Prozent. Dies geht nicht auf den höheren Anteil an Nichtvollerwerbstätigen unter ihnen zurück – auch unter den Vollerwerbstätigen sind weniger Nichtwähler_innen

in einer Gewerkschaft organisiert als unter den Wähler_innen und Unentschlossenen. Nichtwähler_innen sind zudem auffallend selten katholisch und überdurchschnittlich häufig konfessionslos.

Im Vergleich zu den Nichtwähler_innen in der FES-Mitte-Studie 2014 sind unter den Nichtwählern in 2016 damit anteilmäßig deutlich häufiger Frauen, sie sind etwas jünger, besser gebildet, verfügen durchschnittlich über ein höheres Einkommen, sind zumeist und deutlich häufiger als in 2014 in einem Angestelltenverhältnis oder etwas häufiger als in 2014 Hausfrau und sind etwas häufiger Gewerkschaftsmitglied. In 2014 gab es bei der konfessionellen Bindung keine Auffälligkeit der Nichtwähler_innen zu den anderen Befragten. In der Erhebung 2014 kamen die Nichtwähler_innen überproportional häufig aus niedrigeren sozialen Lagen. In der Erhebung 2016 ist der Unterschied in der sozialen Lage zu den Wähler_innen weniger deutlich. Die erklärten Nichtwähler_innen sind nur geringfügig schlechter gebildet und verfügen über ein etwas, aber nicht dramatisch geringeres Einkommen als die Wähler_innen. Der Anteil Arbeitsloser und prekär Beschäftigter war bereits in 2014 und ist auch in 2016 genauso hoch wie unter den Wähler_innen. In 2016 ist im Vergleich zu 2014 der Anteil der Arbeiter_innen unter den Nichtwähler_innen auffallend gering, der Anteil Angestellter (auch im Vergleich zu den Wähler_innen) auffallend hoch.

Die Gruppe der erklärten Nichtwähler_innen ist zum Zeitpunkt der Befragung im Sommer 2016 auffallend klein. Umso interessanter ist da der Blick auf die noch Unentschlossenen, deren Anteil in 2016 noch etwas größer ist als in 2014. Sie sind im Durchschnitt 47 Jahre alt und damit ähnlich wie die Nichtwähler_innen etwas jünger als die Wähler_innen. Auch unter den Unentschlossenen ist der Anteil der Frauen mit 62 Prozent überdurchschnittlich hoch. 14 Prozent kommen aus den ostdeutschen Bundesländern, knapp 25 Prozent haben einen Migrationshintergrund. 40 Prozent verfügen über eine niedrige, 34 Prozent über eine mittlere und 25 Prozent über eine

² Hier wurden die Befragten nach dem Bundesland, in dem sie derzeit wohnen, eingeteilt. Befragte aus Berlin wurden anhand der Frage, ob sie überwiegend in Ost- oder Westdeutschland aufgewachsen sind, als ost- bzw. westdeutsch kategorisiert.

³ Hier definiert als die befragte Person ist selbst oder mindestens ein Elternteil ist in einem anderen Land als Deutschland geboren bzw. besitzt nicht die deutsche Staatsbürgerschaft.

⁴ Verwendet wurde hier das nach Anzahl der Haushaltsmitglieder gewichtete Nettoäquivalenzeinkommen kategorisiert anhand des Median des monatlichen Äquivalenzeinkommens (< 70 Prozent bzw. >= 150 Prozent): niedriges Einkommen (bis 1.174 Euro) mittleres Einkommen (1.174 bis 2.516 Euro) und höheres Einkommen (über 2.516 Euro).

Tabelle 1: Demografische Struktur der Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (Studie „Fragile Mitte“ 2014 und „Gesplante Mitte“ 2016). Angaben in Prozent.

	Wähler_innen		Nichtwähler_innen		Unentschlossene	
	2014	2016	2014	2016	2014	2016
Anzahl Befragte absolut	1.334	1.317	177	117	312	381
Ost	16	12	19	20	17	14
West	84	88	81	80	83	86
Männer	50	50	43	25	39	38
Frauen	50	50	57	75	61	62
Alter ^a						
18–44 Jährige	34	33	36	41	37	40
45–59 Jährige	30	29	31	36	34	29
60 und älter	36	38	33	23	29	31
Haushaltsnettoeinkommen						
niedrig (bis 1.174€)	20	21	39	28	20	29
mittel (1.174 bis 2.516€)	62	57	52	67	65	60
hoch (ab 2.516€)	19	23	11	5	16	14
Bildung						
niedrig (kein/Hauptschulabschluss)	40	37	61	34	40	40
mittel (Realschulabschluss)	29	30	29	48	35	34
hoch (Abitur/Studium)	32	33	10	19	25	25
voll Erwerbstätige ^b	44	41	37	31	47	42
davon:						
Arbeiter_innen	15	15	37	13	17	20
Angestellte	68	66	55	83	68	68
Beam_t_innen	7	6	1	3	6	6
Selbstständige/freie Berufe	10	13	7	1	9	7
Nicht-Erwerbstätige						
davon:						
Hausfrau/-mann	22	18	28	38	29	26
Rentner_innen	53	54	47	34	56	47
Sonstiges (u.a. Ausbildung)	20	23	19	23	22	21
Arbeitslos/-suchend	6	5	6	5	4	6
Religionszugehörigkeit						
Evangelisch	33	36	32	39	37	33
Katholisch	34	32	34	15	30	33
Sonstige	4	4	6	8	4	6
Keine	29	28	29	38	29	29
Gewerkschaftsmitglied						
ja	17	21	9	13	12	19
nein	84	80	91	87	88	81
mit Migrationshintergrund	14	23	11	23	12	25
ohne Migrationshintergrund	87	77	89	77	89	76

Anm.: Die Stichprobe der Nichtwähler_innen ist recht klein, daher sollten die berichteten Prozentwerte nicht überinterpretiert werden, sie können aber Hinweise auf die Zusammensetzung der Stichprobe geben. Zu 100 Prozent abweichende Angaben ergeben sich ggf. aufgrund von Rundungen.

a Auch eine differenziertere Analyse nach Lebensalter zeigt keine auffälligen Unterschiede in Abhängigkeit der Wahlbeteiligung.

b Nichtwähler_innen sind darüber hinaus in der Tendenz etwas häufiger in Teilzeit erwerbstätig, in Mutterschutz, in Ausbildung/Praktikum als Wähler_innen; der Anteil geringfügig, gelegentlich oder derzeit Nichtbeschäftigter ist gleich.

höhere Schulbildung, womit sie im Bildungsniveau eher den Wähler_innen als den Nichtwähler_innen ähneln. Unter den Unentschlossenen ist der Anteil von Personen mit niedrigem Einkommen ähnlich hoch wie unter den Nichtwähler_innen (aber höher als in 2014), es verfügen unter ihnen aber anteilmäßig mehr Personen über ein höheres Einkommen, wenngleich der Anteil nicht ganz so hoch ist wie unter den Wähler_innen. Der Anteil Arbeiter_innen ist hier etwas höher als unter Nichtwähler_innen und Wähler_innen, der Anteil Angestellter ähnlich hoch wie unter den Wähler_innen. Wie auch bei den Nichtwähler_innen gibt es unter ihnen mehr Hausfrauen (und einige wenige Hausmänner), was auch hier dem höheren Anteil von Frauen geschuldet ist und ein unauffällig vergleichsweise niedriger Anteil von arbeitslosen bzw. arbeitssuchenden Personen. 19 Prozent sind Gewerkschaftsmitglied. Bei der Konfessionszugehörigkeit zeigt sich keine Auffälligkeit.

Die demografische Zusammensetzung der in 2016 erreichten erklärten Nichtwähler_innen unterscheidet sich in einigen Aspekten von denen, die in anderen Stichproben erreicht wurden, während sie in der FES-Mitte-Studie 2014 denen recht ähnlich waren, die in gezielten Nichtwähler_innen-Nachbefragungen ermittelt wurden (z. B. Güllner 2013; Neu 2012). Grund hierfür ist sicherlich die besondere Situation im Sommer 2016, in der das Land rund ein Jahr heftig und kontrovers über die Flüchtlingsbewegung nach Deutschland debattiert hatte, Bundeskanzlerin Merkel aus den eigenen Reihen der Union massiv unter Beschuss stand und die AfD ihren Höhenflug in der medialen Aufmerksamkeit hatte. Die Stimmung war politisiert und aufgeheizt, zugleich wurde in den Medien von großer Verunsicherung berichtet. Die nicht mehr ganz so ferne Bundestagswahl 2017 ließ zudem die Wahlentscheidung realistischer werden, was eine Entscheidung bei der Sonntagsfrage zusätzlich erschwert haben könnte, wie sich dies ganz allgemein kurz vor Entscheidungen beobachten lässt. Bei den Nichtwähler_innen und nicht ganz so auffällig aber auch den Unentschlossenen fällt allerdings wie in 2014 der überproportionale Anteil an Frauen auf, zudem sind sie etwas jünger als die Wähler_innen. Die soziale Lage und das Bildungsniveau der Nichtwähler_innen ist zwar nicht ganz so gut wie die der Wähler_innen, aber nicht dramatisch schlechter, das gilt auch für die Un-

entschlossenen. Bei letzteren liegt der Anteil Arbeiter_innen über dem Durchschnitt, während bei den erklärten Nichtwähler_innen überproportional viele angestellt bzw. Hausfrau (oder Hausmann) sind, letzteres gilt auch für die Unentschlossenen, was an dem hohen Frauenanteil liegt. Der Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern ist bei den erklärten Nichtwähler_innen auffallend niedrig, der Anteil konfessionsloser ist überdurchschnittlich hoch, der Anteil von Katholiken niedriger, als der Durchschnitt erwarten ließe.

Die im Folgenden berichteten Unterschiede zwischen Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen wurden wegen der etwas unterschiedlichen demografischen Zusammensetzung der drei Gruppen zusätzlich immer auch noch einmal unter der Kontrolle der demografischen Merkmale Alter, Bildung, Geschlecht und Herkunft aus Ost-/Westdeutschland geprüft. Alle berichteten Unterschiede sind auch nach Kontrolle dieser Merkmale signifikant, d. h., sie können nicht allein auf die demografisch unterschiedliche Zusammensetzung der drei Gruppen zurückgeführt werden.

- ➔ Die befragten erklärten Nichtwähler_innen gehören, gemessen an Einkommen und Bildung, etwas häufiger einer unteren sozialen Lage an, der Unterschied zu den Wähler_innen ist aber nicht dramatisch hoch. Der größte Teil gehört der Mittelschicht an. Allerdings ist der Anteil Besserverdienender unter den Nichtwähler_innen auffallend gering. Darüber hinaus ähnelt ihre Sozialstruktur in vielerlei Hinsicht jener der Wähler_innen. Auffallend ist vor allem der hohe Anteil von Frauen und der vergleichsweise hohe Anteil von Angestellten.
- ➔ Die soziale Lage der Unentschlossenen ist in 2016 – anders als in 2014 – denen der Nichtwähler_innen recht ähnlich und nicht auffallend prekär.
- ➔ Die hier vorliegende Stichprobe der erklärten Nichtwähler_innen ist klein und unterscheidet sich, anders als in 2014, von der aus gezielten Nichtwähler-Nachbefragungen in Bezug auf die Sozialdemografie. Insbesondere die soziale Lage der hier befragten Nichtwähler_innen ist in der FES-Mitte-Studie 2016 nicht so dramatisch anders, als dies in anderen Befragungen von Nichtwähler_innen hervortritt.

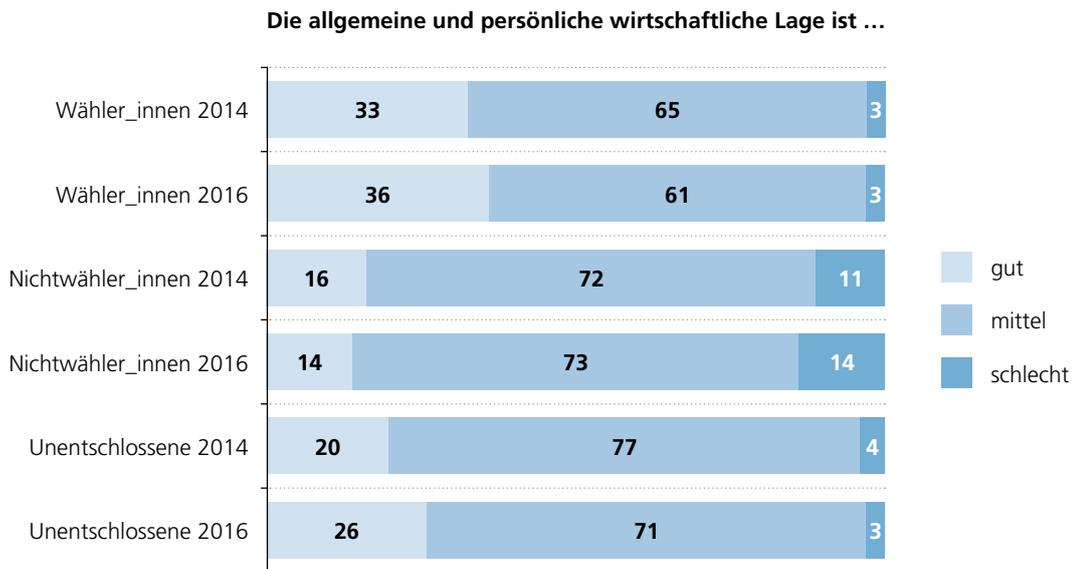
Politische Einstellungen von Nichtwähler_innen

Neben demografischen Merkmalen wurde eine ganze Reihe gesellschaftspolitischer Einstellungen erhoben. Zur Erfassung ihrer Einstellungen wurden den Befragten jeweils Aussagen vorgelesen und um deren Zustimmung bzw. Ablehnung auf einer 4- bzw. 5-stufigen Antwortskala gebeten. Für die weitere Auswertung wurden einzelne Aussagen jeweils zu reliablen Mittelwertskalen aus in der Regel zwei bis drei Aussagen zusammengefasst.⁵ Alle im Folgenden berichteten Unterschiede sind auf ihre statistische Signifikanz geprüft und erreichen mindestens ein 5-Prozent-Signifikanzniveau.

(Relative) Deprivation

Fast jede_r vierte Nichtwähler_in beurteilt in 2016 die aktuelle wirtschaftliche Lage in Deutschland, die eigene finanzielle Situation als schlecht und hat den Eindruck, Deutschen würde es im Vergleich zu Ausländer_innen, die in Deutschland leben, schlechter gehen (s. Abbildung 1 bzw. Tabelle 2). Ein knappes Drittel (29 Prozent) der Nichtwähler_innen fühlt sich durch die aktuelle wirtschaftliche Situation bedroht. Dabei hängt das Gefühl der (relativen) Deprivation nur recht schwach oder gar nicht

Abbildung 1: **Zusammengefasster Index (relativer) Deprivation bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014 und 2016). Zustimmung in Prozent.**



Anm.: In den Index Relative Deprivation sind die Fragen nach der allgemeinen und der persönlichen finanziellen Lage sowie der Vergleich der finanziellen Lage von Deutschen zu Ausländer_innen in Deutschland eingegangen. Die Frage zur wirtschaftlichen Bedrohung wurde aufgrund der abweichenden Skalierung nicht berücksichtigt. Zum Vergleich wurde der Index Relative Deprivation aus 2014 angepasst, so dass ein direkter Vergleich möglich ist.

⁵ Mit der Datenerhebung wurde das Sozialwissenschaftliche Umfragezentrum (SUZ) unter Leitung von Prof. Dr. Frank Faulbaum beauftragt. Um Verzerrungen in der Erhebung auszugleichen, wurden die Daten jeweils nach Repräsentativität gewichtet. Die Befragung wurde telefonisch mit CATI-Verfahren durchgeführt. Für die Stichprobenziehung wurden in beiden FES-Mitte-Studien neben Festnetzanschlüssen auch Handy-Verbindungen berücksichtigt. Weitere Details zur Methodik der Erhebung finden sich in den oben angeführten Publikationen.

Tabelle 2: Indikatoren von (relativer) Deprivation bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2016). Zustimmung in Prozent.

		gut	mittel	schlecht
Wie beurteilen Sie die aktuelle wirtschaftliche Lage Deutschlands?	W	55	36	9
	NW	25	53	23
	U	49	41	10
Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage und finanzielle Situation? Ist diese ...?	W	51	34	15
	NW	27	49	24
	U	41	39	21
		besser	gleich	schlechter
Wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Lage der Deutschen im Vergleich zu den hier lebenden Ausländer_innen. Ist sie ...	W	60	28	12
	NW	40	36	24
	U	48	39	13
		nicht bedroht	bedroht	
Inwieweit fühlen Sie sich von den aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen bedroht?	W	71	29	
	NW	58	43	
	U	62	38	

Anm.: W = Wähler_innen, NW = Nichtwähler_innen, U = Unentschlossene.

Zu 100 fehlende Prozent aufgrund von „weiß nicht“/„keine Angabe“ bzw. Rundungen.

mit der finanziellen Situation, gemessen am Haushaltseinkommen der Befragten, zusammen. Das bedeutet, das Gefühl, durch die wirtschaftliche Entwicklung bedroht zu sein, ist gerade bei den Nichtwähler_innen völlig unabhängig von ihrem Einkommen vorhanden.⁶ Im Vergleich zu 2014 schätzt damit ein größerer Teil der Nichtwähler_innen aus 2016 die allgemeine Lage und die Lage der Deutschen im Vergleich zu Ausländer_innen als schlechter, die eigene finanzielle Lage aber als besser ein. Die Nichtwähler_innen der Stichprobe 2016 fühlen sich wie bereits in 2014 im Vergleich zu den Unentschlossenen und noch deutlicher im Vergleich zu den Wähler_innen auffallend häufiger finanziell schlecht und im Vergleich zu anderen schlechter gestellt, ein Gefühl, was als Deprivation bzw. relative Deprivation beschrieben wird. Das Ergebnismuster hat auch unter Kontrolle von Geschlecht, Alter, Bildung und Wohnort in den alten bzw. neuen Bundesländern Bestand, kann also nicht auf diese Faktoren zurückgeführt werden.

Im Gegensatz dazu beurteilen Wähler_innen die allgemeine wirtschaftliche Lage und die eigene finanzielle Situation deutlich besser und fühlen sich insgesamt deutlich weniger depriviert. Die noch Unentschlossenen beurteilen die allgemeine wirtschaftliche Lage und auch ihre persönliche Lage nicht ganz so positiv wie die Wähler_innen, aber längst nicht so negativ, wie dies die Nichtwähler_innen tun, und sie fühlen sich auch weniger als diese im Vergleich zu Ausländer_innen kollektiv schlechter gestellt. Aus diesen einzelnen Indikatoren wurde ein zusammenfassender Index zur Erfassung der (relativen) Deprivation erstellt. Demnach bewertet ganz ähnlich wie schon in 2014 auch in 2016 rund jede_r siebte Nichtwähler_in die eigene ökonomische Lage insgesamt als schlecht bzw. als schlechter im Vergleich zu anderen. Von den Wähler_innen und den Unentschlossenen schätzen dies nur 3 Prozent so ein. Der Großteil der Nichtwähler_innen, der Unentschlossenen (und

⁶ Korrelationen der vier Indikatoren zur (relativen) Deprivation mit dem Nettoäquivalenzeinkommen der Befragten bei Wähler_innen $r = .10$ bis $.34$, bei Nichtwähler_innen $r = .03$ bis $.37$, bei Unentschlossenen $r = .05$ bis $.34$. Die jeweils höchsten Zusammenhänge gab es zwischen dem Einkommen und der subjektiven Einschätzung der eigenen finanziellen Situation, besonders niedrige Zusammenhänge zwischen dem Einkommen und dem Gefühl, durch die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung bedroht zu sein.

auch der Wähler_innen) betrachtet die eigene Lage als „mittel gut“, ist also nicht (relativ) depriviert.

Im Vergleich zu 2014 bewerten etwas mehr Nichtwähler_innen die Lage als schlecht, was nicht daran liegt, dass sie ihre eigene Lage schlechter bewerten – im Gegenteil –, sondern dass sie die wirtschaftliche Lage in Deutschland und der Deutschen im Vergleich zu Ausländer_innen als schlechter beurteilen. Unter den Unentschlossenen sind in 2016 im Vergleich zu 2014 mehr Personen, die die Lage insgesamt als gut einschätzen.

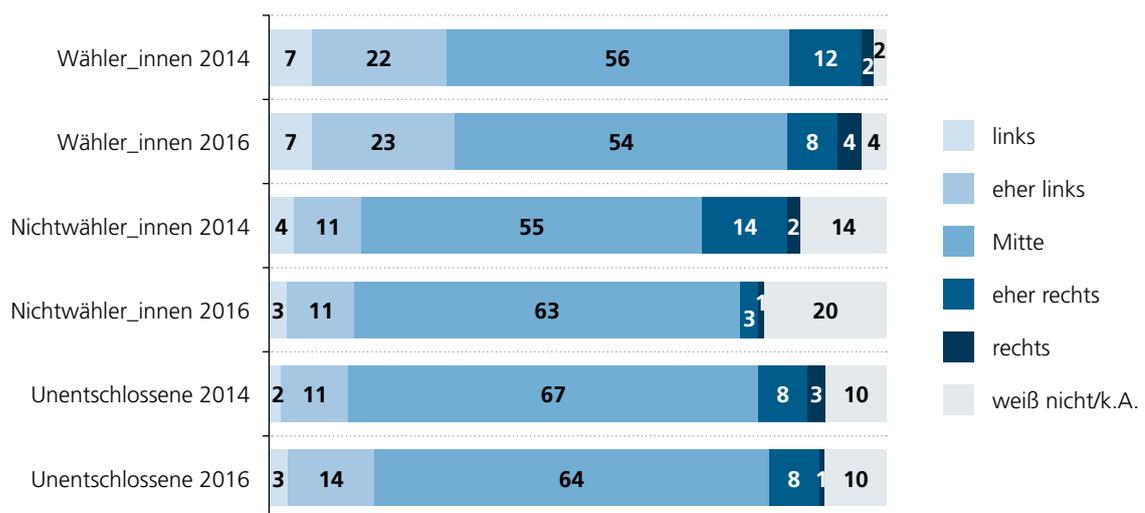
- ➔ Nichtwähler_innen beurteilen die allgemeine und die persönliche wirtschaftliche Lage auffallend häufig als schlecht. Ein Viertel sieht Deutsche im Vergleich zu Ausländer_innen benachteiligt. Insgesamt erweist sich damit rund jeder siebte der Nichtwähler_innen als (relativ) depriviert.
- ➔ Die auffallend negative subjektive Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und das Gefühl der Bedrohung durch die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der Nichtwähler_innen korrespondiert nur bedingt oder gar nicht mit ihrer anhand objektiver Faktoren eingeschätzten wirtschaftlichen und sozialen Benachteiligung.

- ➔ Wähler_innen beurteilen die allgemeine und ihre persönliche finanzielle Lage deutlich besser. Die Unentschlossenen betrachten die Lage im Vergleich zu Wähler_innen als nicht ganz so positiv, aber längst nicht so negativ, wie die Nichtwähler_innen dies tun.

Politische Selbstverortung

Eine Mehrheit von 63 Prozent der Nichtwähler_innen verorten sich 2016 politisch „genau in der Mitte“, 14 Prozent im linken politischen Spektrum und nur 4 Prozent rechts der Mitte (s. Abbildung 2). Damit positionieren sich die Nichtwähler_innen im Vergleich zu Wähler_innen selbst häufiger in der politischen Mitte, dafür etwas seltener im linken politischen Spektrum, aber auch – und das fällt im Vergleich zu 2014 auf – auch seltener im rechten Spektrum als die Wähler_innen dies tun. In 2014 positionierten die erklärten Nichtwähler_innen sich selbst noch deutlich häufiger rechts der Mitte als in 2016. Die noch Unentschlossenen sehen sich selbst ebenfalls häufiger als die Wähler_innen in der Mitte, im Vergleich zu 2014 nun auch etwas eher im linken Spektrum. Bemerkenswert ist bei der Frage nach der politischen Selbstverortung wie bereits in 2014 der vergleichsweise hohe Prozentsatz unter den Nichtwähler_innen, die mit „weiß nicht“ antworten oder die Antwort verweigern (20 Prozent).

Abbildung 2: Politische Selbstverortung der Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014 und 2016). Zustimmung in Prozent.



Politische Machtlosigkeit und Demokratiemisstrauen

Das Misstrauen in demokratische Prozesse und Repräsentanten sowie das Gefühl politischer Machtlosigkeit sind zwar bei allen Befragten verbreitet, aber bei den Nichtwähler_innen ausgesprochen stark. Im Vergleich zur Erhebung 2014 sind die Nichtwähler_innen in 2016 ähnlich kritisch gegenüber Politik, Parteien und der repräsentativen Demokratie eingestellt als sie dies bereits in 2014 waren, aber fühlen sich politisch noch machtloser. Ihre Einschätzung fällt signifikant negativer aus als die der Wähler_innen. Auch die Unentschlossenen sind im Vergleich zu den Wähler_innen etwas kritischer eingestellt, aber äußern längst nicht so ein hohes Ausmaß an empfundener politischer Machtlosigkeit und Demokratiemisstrauen wie die Nichtwähler_innen und ihre kritische Haltung gegenüber der Demokratie hat sich im Vergleich zu 2014 auch nicht verschärft (s. Abbildung 3).

Zwar äußern auch viele Wähler_innen Kritik an Politiker_innen und den Parteien, fühlen sich aber deutlich weniger

politisch machtlos als die Nichtwähler_innen, während etliche Unentschlossene zu zaudern scheinen. So sagen beispielsweise (wie auch schon in 2014) 87 Prozent der Nichtwähler_innen: „Politiker nehmen sich mehr Rechte heraus als normale Bürger.“ Sogar 91 Prozent meinen: „Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht.“ Noch mehr Nichtwähler_innen als in 2014 fühlen sich politisch machtlos. So geben 84 Prozent von ihnen an: „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ und 66 Prozent halten es für „sinnlos“, sich politisch zu engagieren. Auffällig ist zudem, dass viele Nichtwähler_innen bei diesen kritischen Fragen die extreme Zustimmungsoption „voll und ganz“ wählen, damit also eine wenig zögerliche, besonders eindeutig negative und misstrauische Haltung zum Ausdruck bringen (s. Tabelle 3).

Die in 2016 befragten Personen, die offen erklären, nicht wählen gehen zu wollen, scheinen den harten Kern der Nichtwähler_innen zu repräsentieren (zumindest den Teil der Nichtwähler_innen, der durch Befragungen erreichbar ist), mit hohem Demokratiemisstrauen, während die

Abbildung 3: Einstellungen zu Parteien und Politiker_innen der Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2016). Zustimmung in Prozent.

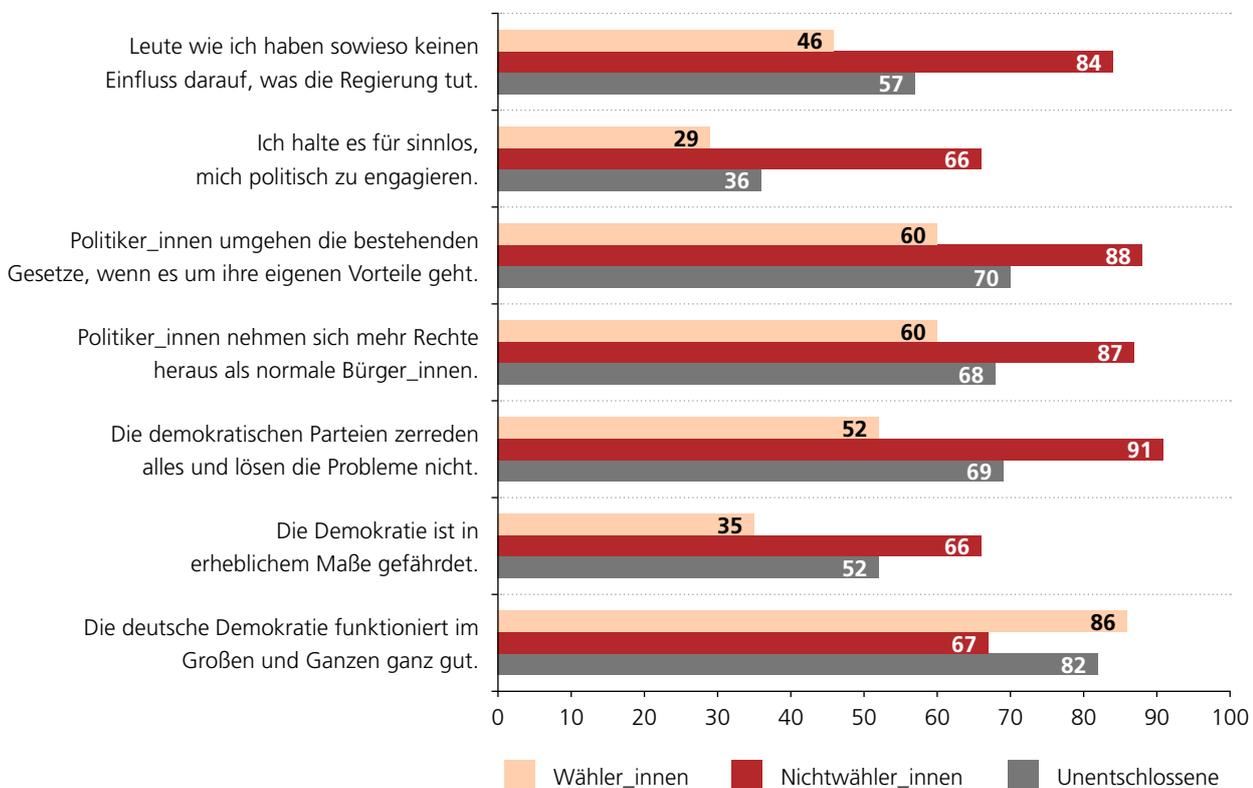


Tabelle 3: Einstellungen zu Politik und Parteien von Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2016). Zustimmung in Prozent.

Trifft		überhaupt nicht zu	eher nicht zu	eher zu	voll und ganz zu
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	W	28	26	23	23
	NW	7	9	22	62
	U	18	27	24	31
Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.	W	48	24	14	15
	NW	20	14	20	47
	U	33	31	15	20
Im Index Rechtspopulismus:					
Politiker_innen umgehen die bestehenden Gesetze, wenn es um ihre eigenen Vorteile geht.	W	14	27	30	29
	NW	3	9	21	67
	U	8	22	28	40
Politiker_innen nehmen sich mehr Rechte heraus als normale Bürger_innen.	W	18	22	28	33
	NW	5	9	18	69
	U	10	22	31	39
Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht.	W	19	29	30	22
	NW	4	6	43	48
	U	6	26	35	33
Die Demokratie ist in erheblichem Maße gefährdet.	W	39	27	21	13
	NW	15	18	31	36
	U	21	27	29	22
Die deutsche Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut.	W	5	9	35	51
	NW	15	18	46	21
	U	3	15	41	41

Anm.: W = Wähler_innen, NW = Nichtwähler_innen, U = Unentschlossene.

An 100 Prozent abweichende Angaben = „weiß nicht“ / keine Angabe bzw. Rundungen der Nachkommastellen.
Die unteren drei Items fließen in den Index Rechtspopulismus ein, s. u.

Unentschlossenen durchaus noch zugänglich für die Teilnahme an demokratischen Prozessen zu sein scheinen. Die große Mehrheit von über 80 Prozent der Unentschlossenen – beinahe so viele wie bei den Wähler_innen – findet, „die Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut“. Von den Nichtwähler_innen meinen dies dann etwas überraschend zwar auch 67 Prozent, doch ist immerhin ein Drittel nicht dieser Ansicht. Deutlich mehr unter den Nichtwähler_innen und auch der Unentschlossenen halten die Demokratie „in erheblichem Maße [für] gefährdet“. Die weiteren Analysen im Rahmen der FES-Mitte-Studie 2016 offenbarten, dass dies eher Befragte sagen, die der Ansicht sind, Deutschland sei „in den letzten Jahren zu weit nach links gerückt“.

Sympathie mit dem Rechtspopulismus

In der Befragung 2016 geben 7 Prozent der Wähler_innen an, der AfD ihre Stimme geben zu wollen, 4 weitere Prozent geben an, schon einmal daran gedacht zu haben, die AfD zu wählen. Dieser Anteil zusammengezählt entspricht in etwa auch den Ergebnissen anderer Wahlumfragen zu diesem Zeitpunkt wie dem ARD-DeutschlandTrend von August 2016. Die Frage ist, inwieweit ggf. weitere Befragte, die sich noch zu den Nichtwähler_innen rechnen, mit den Positionen der AfD sympathisieren. Die vergangenen Landtagswahlen haben gezeigt, dass es der AfD gelungen ist, gerade auch aus dem Kreis der bisherigen Nichtwähler_innen Stimmen für sich zu gewinnen.

24 Prozent der Nichtwähler_innen finden die Argumente der AfD nach eigenen Angaben überzeugend. 56 Prozent der Nichtwähler_innen sind der Ansicht, die AfD spreche „unbequeme Wahrheiten offen an“. Bei den Unentschlossenen ist der Anteil jener, die bei diesen Fragen zustimmen, fast genauso hoch (25 Prozent respektive 48 Prozent), während hier deutlich weniger der Wähler_innen zustimmen (17 Prozent respektive 36 Prozent, s. Abbildung 4). Auffallend viele Nichtwähler_innen (22 Prozent) antworten auf diese Fragen mit „weiß nicht“ bzw. machen keine Angabe. Anders als in 2014 sind hier diesmal weniger Unentschlossene zögerlich (12 bzw. 13 Prozent). Nur sehr wenige unter den Wähler_innen sind bei diesen Fragen unschlüssig (2 bzw. 3 Prozent „weiß nicht“/keine Angabe). Unter den erklärten Nichtwähler_innen und den noch Unentschlossenen besteht also eine auffallende Sympathie für die Positionen der AfD bzw. eine gewisse Offenheit diesen gegenüber. Zum Zeitpunkt der Befragung im Sommer 2016 agierte die AfD bereits deutlich rechtspopulistisch. Aufgrund der unterschiedlichen Antwortskalierung in 2014 (5-stufig statt wie in 2016 4-stufig) lässt sich hier leider keine Aussage über die Entwicklung treffen.

- ➔ Nichtwähler_innen und Unentschlossene verorten sich seltener im linken politischen Spektrum als Wähler_innen. Die Mehrheit sieht sich politisch in der Mitte. Anders als in 2014 sehen sich nur wenige Nichtwähler_innen rechts von der Mitte. Auffallend viele der

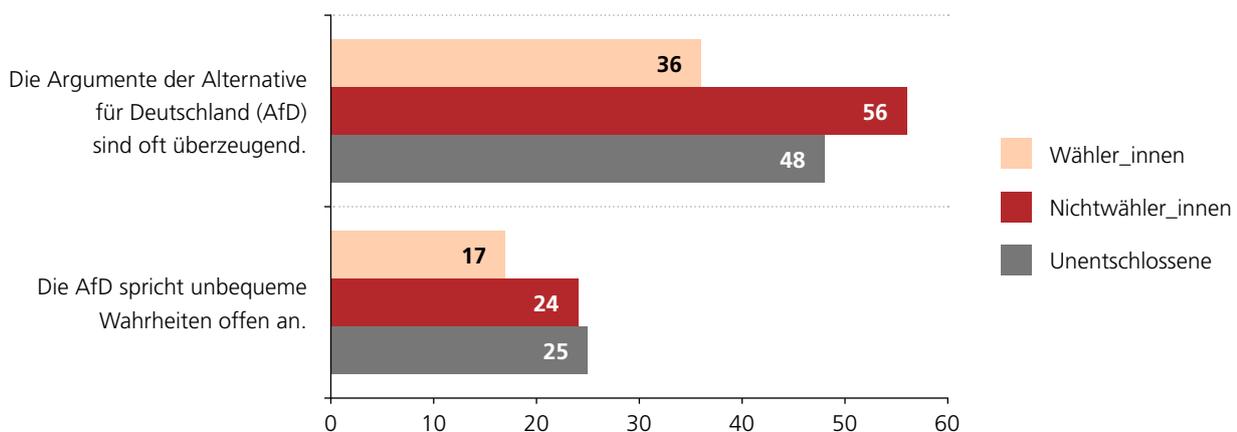
Nichtwähler_innen – ein Fünftel – verortet sich in der Befragung politisch überhaupt nicht.

- ➔ Nichtwähler_innen sind wie bereits in 2014 auffallend kritisch bis negativ gegenüber Politik und Parteien eingestellt. Zwar äußern viele Befragte Misstrauen in die Demokratie, aber unter den Nichtwähler_innen ist das Demokratiemisstrauen nochmals höher. Anders als viele der Wähler_innen fühlen sie sich zudem häufig politisch machtlos.
- ➔ Nichtwähler_innen finden die Argumente der AfD häufiger überzeugend als Wähler_innen, in der Tendenz auch häufiger als die noch Unentschlossenen. Auffallend viele der Nichtwähler_innen geben an, nicht zu wissen, was sie von den Positionen der AfD halten sollen bzw. machen dazu keine Angaben. Ähnlich, aber nicht ganz so ausgeprägt, sind die Haltungen der noch Unentschlossenen zur AfD.

Rechtspopulistische Einstellungen

Rechtspopulistische Einstellungen lassen sich als ein zusammenhängendes Muster aus Demokratiemisstrauen – wie es sich in einigen der oben dargestellten Einstellungen gegenüber Parteien und Politiker_innen widerspiegelt –, einem aggressiven Law-and-Order-Autoritarismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit⁷ beschreiben (Küpper/

Abbildung 4: „Die Argumente der Partei Alternative für Deutschland (AfD) sind oft überzeugend.“ (2016) Zustimmung in Prozent.



⁷ Der Begriff Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wurde von Wilhelm Heitmeyer im Rahmen der gleichnamigen Langzeitstudie (2002 – 2011) in die Debatte eingeführt. Angenommen und empirisch bestätigt wurde der enge Zusammenhang zwischen abwertenden und ausgrenzenden Einstellungen gegenüber einer ganzen Reihe sozialer Gruppen (d. h. anhand eines gemeinsamen Merkmals wie Geschlecht, Ethnie oder Religion sozial konstruierter Gruppen) (u. a. Groß/Zick/Krause 2012).

Zick/Krause 2015). Letztere richtet sich im aktuellen Rechtspopulismus insbesondere gegen Eingewanderte, Muslime, Roma und Asylsuchende. Es finden sich allerdings enge empirische Zusammenhänge auch zu Antisemitismus, Homophobie, Sexismus und ethnischem Rassismus (ebd.).

Auffallend viele Nichtwähler_innen – 37 Prozent – zeigen in 2016 ein deutlich rechtspopulistisches Einstellungsmuster, d. h., sie liegen klar im Zustimmungsbereich eines zusammenfassenden Index Rechtspopulismus. Unter den Unentschlossenen teilen 23 Prozent, unter den Wähler_innen 19 Prozent rechtspopulistische Einstellungen. Nichtwähler_innen neigen damit signifikant stärker zu rechtspopulistischen Einstellungen als Wähler_innen. Ganz ähnlich waren bereits die Befunde zu den Nichtwähler_innen in 2014. Sie zeigen deutlich höhere Zustimmungswerte in allen berücksichtigten Facetten:

- Demokratiemisstrauen,
- Law-and-Order Autoritarismus,
- Abwertung von Eingewanderten, Muslimen, Roma und Asylsuchenden (s. Abbildung 5 und Tabelle 4).

Sie äußern zudem signifikant höhere Zustimmung bei Fragen nach kollektiver Wut, die sich gegen Eingewanderte und Asylsuchende richtet (s. u.), und vertreten eher einer negative Haltung zur Europäischen Union verbunden mit der Forderung nach nationaler Rückbesinnung. Beides hängt signifikant mit einem rechtspopulistischen Einstellungsmuster zusammen bzw. ist auch Teil davon.

Deutliche Unterschiede zu Wähler_innen offenbaren sich nicht nur im Ausmaß des Demokratiemisstrauens, wie oben bereits berichtet, sondern auch in der Tendenz zur Abwertung der jeweils als „anders“ Markierten: der Fremdenfeindlichkeit, der Abwertung von Asylsuchenden, Muslimen und Roma. So stimmen beispielsweise 55 Prozent der Nichtwähler_innen (im Vergleich zu 32 Prozent der Wähler_innen und 37 Prozent der Unentschlossenen) der Aussage eher oder voll zu: „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“, die sich als ein valider Indikator für Fremdenfeindlichkeit erwiesen hat.

Auch unter den noch Unentschlossenen sind rechtspopulistische Einstellungen weiter verbreitet als unter Wähler_innen

Abbildung 5: **Rechtspopulistische Einstellungen bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2016). Anteil in Prozent.**

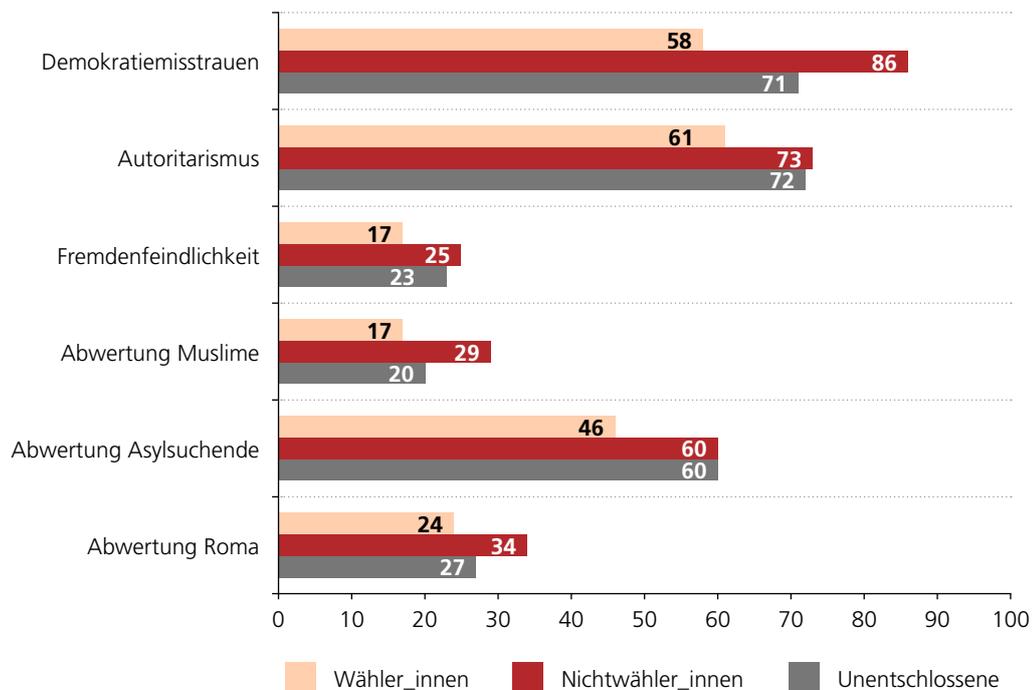


Tabelle 4: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2016). Zustimmung in Prozent.

Trifft		überhaupt nicht zu	eher nicht zu	eher zu	voll und ganz zu
Im Index Rechtspopulismus:					
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	W	47	21	17	15
	NW	32	13	21	34
	U	38	26	15	22
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in Ihre Heimat schicken.	W	63	21	8	7
	NW	53	30	7	10
	U	57	24	11	7
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	W	50	18	16	17
	NW	35	11	20	34
	U	42	21	19	19
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	W	65	20	9	6
	NW	49	28	8	15
	U	59	25	9	7
Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein. ^R	W	41	28	19	11
	NW	55	20	20	5
	U	47	31	17	5
Die meisten Asylbewerber werden in Ihrem Heimatland gar nicht verfolgt.	W	26	36	21	17
	NW	17	27	32	25
	U	20	34	26	21
Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten.	W	51	22	15	12
	NW	41	23	16	20
	U	46	25	15	14
Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.	W	36	26	23	14
	NW	41	15	22	23
	U	33	27	23	17

Anm.: W = Wähler_innen; NW = Nichtwähler_innen, U = Unentschlossene.

^R Das Item ist hier positiv formuliert, so dass eine Ablehnung für die Abwertung von Asylsuchenden spricht. Es wurde für die Verwendung im Index Rechtspopulismus so umkodiert, dass hohe Zustimmung eine hohe Abwertung u. U. bedeutet. Zu 100 abweichende Prozent aufgrund von „weiß nicht“/„keine Angabe“ bzw. Rundungen.

innen, aber nicht ganz so weit wie unter den Nichtwähler_innen. Die Unentschlossenen neigen ähnlich hoch wie die Nichtwähler_innen zum Autoritarismus, zu Fremdenfeindlichkeit und zur Abwertung von Asylsuchenden, aber nicht so sehr wie die Nichtwähler_innen zum Demokratiemisstrauen, zur Abwertung von Muslimen und Roma. Die Ergebnisse haben auch unter der Kontrolle der demografischen Variablen Alter, Geschlecht, Bildung und Ost/West Bestand, d. h., sie können nicht lediglich auf die

besondere demografische Zusammensetzung der Nichtwähler_innen zurückgeführt werden.

Nichtwähler_innen neigen darüber hinaus zu einigen weiteren Elementen der Abwertung von „Anderen“, wie dies im Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit beschrieben ist. Neben der Fremdenfeindlichkeit neigen sie besonders häufig zur Befürwortung von Etabliertenvorrechten, d. h. zur Forderung von besonderen Rech-

ten für Alteingesessene gegenüber Neuankommenden. Außerdem werten sie deutlich häufiger langzeitarbeitslose Personen ab. Anders aber als in 2014 fallen sie nicht mehr durch die besondere Abwertung weiterer sozialer Gruppen auf. Im Ausmaß beispielsweise von ethnischem Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und Homophobie unterscheiden sie sich – anders als noch 2014 – in 2016 nicht signifikant von den Wähler_innen. Die Unentschlossenen unterscheiden sich von den Wähler_innen einzig durch ein höheres Ausmaß an Fremdenfeindlichkeit.

► Nichtwähler_innen neigen auffallend häufig zu rechtspopulistischen Einstellungen. Diese Unterschiede zeigen sich in 2016 deutlich in allen berücksichtigten Facetten des Rechtspopulismus – Demokratiemistrauen, Autoritarismus, Fremdenfeindlichkeit, Abwertung von Asylsuchenden, Abwertung von Muslimen und Roma. Darüber hinaus fordern sie häufiger als Wähler_innen Vorrechte für Etablierte und werten langzeitarbeitslose Personen ab, hingegen sind sie nicht mehr, wie noch in 2014, auffallend antisemitisch, rassistisch, sexistisch oder homophob. Zusammengefasst zeigen (wie bereits 2014) 37 Prozent der Nichtwähler_innen eindeutig ein rechtspopulistisches Einstellungsprofil, unter den Unentschlossenen sind dies 23 Prozent, unter den Wähler_innen 19 Prozent.

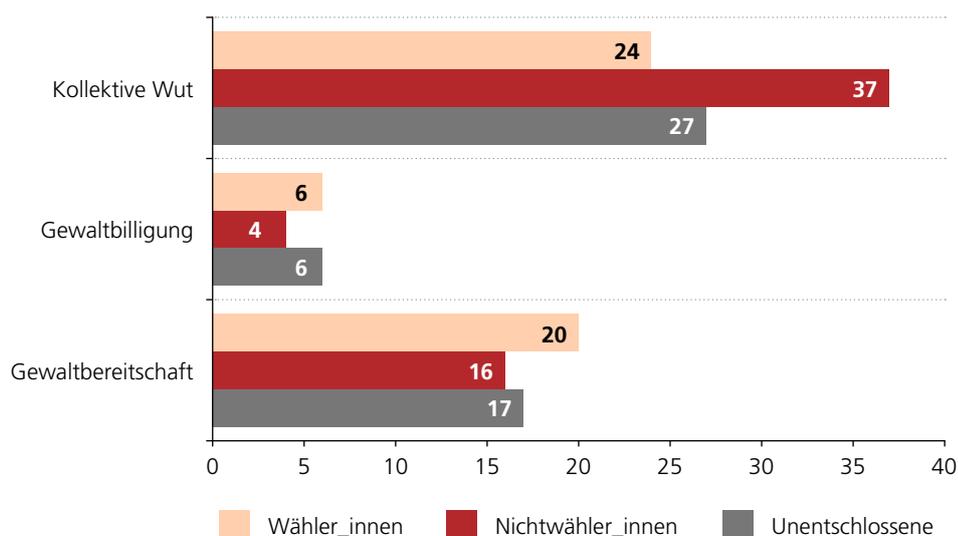
Die Befunde können nicht mit soziodemografischen Unterschieden erklärt werden.

► Unter den Unentschlossenen sind rechtspopulistische Einstellungen zwar auch weiter verbreitet als unter Wähler_innen, aber nicht so weit wie unter den Nichtwähler_innen. Sie neigen ähnlich wie die Nichtwähler_innen zum Autoritarismus, zu Fremdenfeindlichkeit und zur Abwertung von Asylsuchenden, aber nicht ganz so sehr wie diese zum Demokratiemistrauen sowie zur Abwertung von Muslimen und Roma.

Gewaltaffinität

Anders als in 2014 neigen die Nichtwähler_innen in 2016 eher etwas weniger zur Billigung von und zur Bereitschaft zu Gewalt. Dies liegt an dem im Vergleich zu 2014 und zur Gesamtbevölkerung überproportional hohen Anteil von Frauen unter den Nichtwähler_innen, die generell weniger gewaltaffin sind. Beispielsweise stimmt nur 1 Prozent der Nichtwähler_innen, aber immerhin 11 Prozent der Wähler_innen bzw. 12 Prozent der Unentschlossenen der Aussage zu: „Wenn sich andere bei uns breit machen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr im Hause ist.“ 12 Prozent der

Abbildung 6: **Gewaltaffinität bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2016). Anteil in Prozent.**



Anm.: Die Indikatoren für Kollektive Wut sowie für die Gewaltbilligung bzw. -bereitschaft wurden in 2016 anders als in 2014 gebildet, so dass die absolute Häufigkeit der Zustimmung in 2014 und in 2016 nicht unmittelbar vergleichbar sind, wohl aber die Unterschiede zwischen Nichtwähler_innen und anderen.

Tabelle 5: Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2016). Zustimmung in Prozent.

Stimme		überhaupt nicht zu	eher nicht zu	eher zu	voll und ganz zu
Ich bin bereit, mich mit körperlicher Gewalt gegen Fremde durchzusetzen.	W	70	16	8	6
	NW	72	16	7	6
	U	71	16	6	8
Manchmal muss ich gewalt einsetzen, um nicht den Kürzeren zu ziehen.	W	65	18	11	6
	NW	80	12	5	3
	U	69	18	10	3
Wenn es wirklich drauf ankommt, bin ich auch bereit, Gewalt anzuwenden.	W	44	14	22	20
	NW	48	17	18	17
	U	45	12	23	20
Wenn sich andere bei uns breit machen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr im Hause ist.	W	75	14	7	4
	NW	88	11	1	0
	U	74	14	7	5
Gewalt kann zur Erreichung politischer Ziele moralisch gerechtfertigt sein.	W	73	54	7	4
	NW	85	7	1	8
	U	78	13	7	2

Anm: W = Wähler_innen, NW = Nichtwähler_innen, U = Unentschlossene.

Zu 100 abweichende Prozent aufgrund von „weiß nicht“ / „keine Angabe“ bzw. Rundungen.

Nichtwähler_innen, aber 14 Prozent der Wähler_innen und der Unentschlossenen geben an: „Ich bin bereit, mich mit körperlicher Gewalt gegen Fremde durchzusetzen.“ Ein auffallend hoher Prozentsatz von Nichtwähler_innen äußert jedoch kollektive Wut (27 Prozent), die sich derzeit insbesondere gegen „Fremde“ richtet (s. Abbildung 6 und Tabelle 5). Dies ließ sich bereits in 2014 ganz ähnlich beobachten, auch wenn der Indikator für kollektive Wut damals etwas anders gebildet wurde und damit nicht direkt vergleichbar ist. So meinten etwa 35 Prozent der Nichtwähler_innen, aber nur 26 Prozent der Unentschlossenen und 24 Prozent der Wähler_innen, „die Wut der Bürger auf die Zuwanderung ist absolut verständlich“.

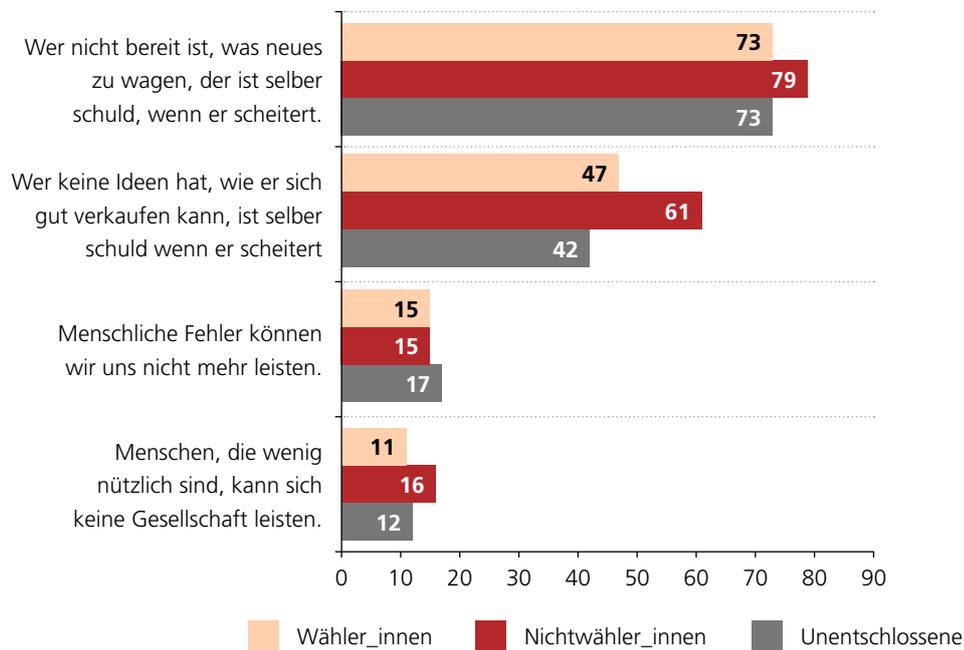
► Nichtwähler_innen neigen in 2016 in der Tendenz weniger zur Billigung und zur Bereitschaft von Gewalt als Wähler_innen und Unentschlossene. Dies liegt vor allem an dem hohen Anteil an Frauen unter den Nichtwähler_innen, die im Durchschnitt weniger gewaltaffin sind. Allerdings äußern sie wie auch schon in 2014 auffällig häufig kollektive Wut gegen „Fremde“.

► Unentschlossene – bei denen der Frauenanteil nicht ganz so hoch ist wie bei den Nichtwähler_innen – sind etwas gewaltaffiner als die Nichtwähler_innen, äußern aber weniger kollektive Wut als diese.

Marktförmiger Extremismus

Die letzten Jahrzehnte einer neoliberalen wirtschaftspolitischen Agenda haben ihre Spuren auch in den Einstellungen der Bevölkerung hinterlassen. In der FES-Mitte-Studie wurde eine Grundorientierung festgestellt, die durch Wettbewerbsglauben, der Vorstellung eines unternehmerischen Selbst, welches durch Selbstoptimierung erlangt werden kann, und eine ökonomistische Werthaltung, die Menschen nach ihrer Nützlichkeit bewertet, geprägt ist. Zusammenfassend wurde diese mit dem Begriff des „marktförmigen Extremismus“ beschrieben (Groß/Hövermann 2014). Empirisch ist der marktförmige Extremismus mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und auch rechtsextremen Einstellungen verknüpft. Wer in der skiz-

Abbildung 7: Marktförmiger Extremismus bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2016) (ausgewählte Items). Anteil in Prozent.



zierten Form eine neoliberale Grundorientierung vertritt, neigt mit einiger Wahrscheinlichkeit eher zu menschenfeindlichen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen.

Die erklärten Nichtwähler_innen in 2016 neigen im Vergleich zu den Wähler_innen etwas häufiger zu einer neoliberalen Grundhaltung, d.h. sie vertreten etwas häufiger eine ökonomistische Werthaltung, die Menschen nach ihrer Nützlichkeit beurteilt, und glauben etwas eher an Erfolg durch Selbstoptimierung im Sinne eines unternehmerischen Selbst (Abbildung 7). Allerdings ist der Unterschied zu Wähler_innen und Unentschlossenen anders als noch in 2014 in 2016 nicht sehr hoch. So sind zum Beispiel 16 Prozent der Nichtwähler_innen der Meinung, „Menschen, die wenig nützlich sind, kann sich keine Gesellschaft leisten.“ Unter den Wähler_innen und den Unentschlossenen vertreten etwas weniger Befragte diese Ansicht (11 respektive 12 Prozent). 61 Prozent der Nichtwähler_innen, aber nur 47 Prozent der Wähler_innen und

42 Prozent der Unentschlossenen teilen die Ansicht: „Wer keine Ideen hat, wie er sich gut verkaufen kann, der ist selber schuld, wenn er scheitert.“ Im Erhebungsjahr 2014 war das Ergebnismuster recht ähnlich. Hier war allerdings zusätzlich auch die individuelle Wettbewerbsorientierung erhoben worden, bei der die Nichtwähler_innen durch niedrigere Werte auffallen, d.h. sie glauben seltener Fortschritt könne nur durch Wettbewerb erzielt werden, teilen aber zugleich solche neoliberale Werte, die auf einen Wettbewerb zwischen den Individuen setzen.

► Nichtwähler_innen vertreten etwas häufiger eine neoliberale Grundhaltung, die auf Wettbewerb zwischen den Individuen setzt. Deutlich wird dies in ihrem etwas häufig geteilten Glauben an Erfolg durch Selbstoptimierung und ihre ökonomistische Werthaltung, die Menschen nach ihrer Nützlichkeit bewertet. Anders als in der Erhebung in 2014 unterscheiden sie sich darin aber in 2016 nur geringfügig von Wähler_innen und Unentschlossenen.

Zum Zeitpunkt der Erhebung der FES-Mitte-Studie im Sommer 2016 ist der Anteil von Nichtwähler_innen auffallend klein. Nur gut 6 Prozent der Befragten erklären, nicht zur Wahl gehen zu wollen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Dafür ist ein Fünftel der Befragten (21 Prozent) noch Unentschlossen, d. h. antwortet auf die Sonntagsfrage mit „weiß nicht“ oder macht keine Angaben. Besonders auffallend ist der hohe Anteil von Frauen unter den erklärten Nichtwähler_innen von 75 Prozent. Zudem ist unter ihnen der Anteil an Katholiken auffallend gering, der Anteil Konfessionsloser höher als unter Wähler_innen, bedingt auch durch den höheren Anteil an Ostdeutschen (die häufiger konfessionslos sind) unter den Nichtwähler_innen.

Anders als noch in 2014 stammen die befragten Nichtwähler_innen im Vergleich zu Wähler_innen nur geringfügig häufiger aus eher prekären sozialen Lagen. Auffallend hoch ist vielmehr der Anteil von Angestellten unter ihnen. Sie beurteilen aber die wirtschaftliche Lage allgemein und ihre eigene finanzielle Situation deutlich negativer als dies die Wähler_innen tun, fühlen sich eher von der wirtschaftlichen Entwicklung bedroht und sehen insbesondere „die Deutschen“ im Vergleich zu Ausländer_innen häufiger als schlechter gestellt. Sie glauben gleichzeitig eher an Erfolg durch Selbstoptimierung und vertreten etwas häufiger eine ökonomistische Werthaltung, die Menschen nach ihrer Nützlichkeit bewertet.

Auffallend ist insbesondere ihr hohes Ausmaß an Demokratiemisstrauen und – gerade dies unterscheidet sie von den Wähler_innen – und ihr ausgeprägtes Gefühl politischer Machtlosigkeit. Sie betrachten die Politik und die Parteien sehr negativ und haben zugleich den Eindruck, sie selbst könnten keinen politischen Einfluss nehmen. Dabei nutzen sie aber Partizipationsmöglichkeiten seltener, abzulesen an dem vergleichsweise geringen Anteil an Gewerkschaftsmitgliedern unter ihnen (was nicht dem vergleichsweise hohen Anteil Nichtvollerwerbstätiger unter ihnen geschuldet ist), was auch in 2014 auffiel. Ein Drittel der Nichtwähler_innen ist – anders als der Großteil der Wähler_innen – nicht der Ansicht, die Demokratie funktioniere im Großen und Ganzen ganz gut.

Nichtwähler_innen neigen zudem deutlich eher zu rechts-populistischen Einstellungen, d. h., sie misstrauen nicht nur deutlicher der Demokratie, sondern vertreten häufiger als Wähler_innen einen Law-and-Order-Autoritarismus, neigen eher zu Fremdenfeindlichkeit, zur Abwertung von Muslimen, Roma und Asylsuchenden. Hierin unterscheiden sie sich insbesondere von den Wähler_innen, aber auch den noch Unentschlossenen. Auffällig ist zudem das Ausmaß kollektiver Wut, die sich gegen „Fremde“ richtet. Anders als noch in 2014 fallen die Nichtwähler_innen in 2016 aber nicht durch eine Affinität zu Gewalt auf. Im Gegenteil stimmen sie Gewalt als Mittel zur Statussicherung etwas weniger zu als Wähler_innen dies tun. Der Hauptgrund hierfür ist der hohe Anteil von Frauen, die im Durchschnitt generell weniger zu Gewalt neigen.

Die Unentschlossenen sind in ihrer Sozialstruktur den Wähler_innen recht ähnlich. Sie sind in Vergleich zu diesen etwas weniger gut gebildet und der Anteil Besserverdienender ist etwas geringer. Sie sehen die wirtschaftliche Lage und ihre eigene finanzielle Situation zwar nicht so optimistisch wie die Wähler_innen, aber nicht so pessimistisch wie die Nichtwähler_innen. Ähnlich wie die Nichtwähler_innen verorten sie sich besonders häufig politisch in der Mitte und sowohl seltener im linken als auch seltener im rechten Spektrum als Wähler_innen dies tun. Ein höherer Anteil macht hierzu allerdings keine Angabe bzw. antwortet mit „weiß nicht“.

Wie schon in 2014 neigen die Unentschlossenen etwas häufiger zum Rechtspopulismus als Wähler_innen, aber zusammengefasst deutlich seltener als die Nichtwähler_innen. Sie sind ähnlich autoritaristisch, fremdenfeindlich und abwertend gegenüber Asylsuchenden eingestellt, aber nicht so abwertend gegenüber Muslimen und Roma. Vor allem ist ihr Misstrauen in die Demokratie weniger ausgeprägt. Sie teilen auch weniger als Nichtwähler_innen das Gefühl politischer Machtlosigkeit. Die Argumente der AfD finden sie nicht so häufig überzeugend wie dies die Nichtwähler_innen tun, aber häufiger als die Wähler_innen. Auffallend ist, dass das Ausmaß kollektiver Wut, die sich gegen „Fremde“ richtet, unter ihnen geringer ausgeprägt ist als unter den Nichtwähler_innen und sie auch nicht besonders gewaltaffin sind.

Erste Schlussfolgerungen

Nichtwähler_innen fielen bereits in 2014 und nun auch in 2016 durch ihre insgesamt pessimistischen und negativen Einschätzungen der Politik auf. Sie wollen nicht nur nicht zur Wahl gehen, sondern stehen der Demokratie kritisch bis misstrauisch gegenüber, zugleich fühlen sie sich in großer Mehrheit politisch machtlos. Auch wenn nach wie vor zwei Drittel der Nichtwähler_innen meinen die Demokratie funktioniere im Großen und Ganzen gut, so fällt ihr zugleich geäußertes Misstrauen gegenüber demokratischen Prozessen, Parteien und Politikern im Vergleich zu den Wähler_innen und Unentschlossenen auf. In der Analyse der Zahlen von 2014 wurde deutlich, dass sie aber auch andere politische Partizipationsmöglichkeiten seltener nutzen. Die von den Nichtwähler_innen geforderten Vorrechte für Etablierte, die häufigere Zustimmung zu rechtspopulistischen Positionen und die Neigung zur Abwertung anderer Menschen sind nicht einfach „Meinungen“. Vielmehr widersprechen pauschalisierte Abwertung und Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer zugewiesenen Zugehörigkeit zu einer Gruppe – kurz Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – im Kern demokratischen Grundwerten und der im Grundgesetz garantierten Menschenwürde. Diese garantiert gerade die Gleichwertigkeit von Menschen unabhängig ihrer zugewiesenen Gruppenzugehörigkeit.

Solche menschenfeindlichen Einstellungen finden sich im Rechtspopulismus in seinem typischen rhetorischen Muster von „wir“ gegen „die anderen“ – die als jeweils „fremd“, „unnormale“, „elitäre“ oder anders als wie nicht zugehörig und ungleichwertig betrachtet werden. Viele Nichtwähler_innen stehen der Demokratie und ihren Institutionen und Vertreter_innen damit nicht nur kritisch bis misstrauisch oder gar feindselig gegenüber, sondern vertreten zugleich selbst undemokratische Haltungen. Das Muster bei den erklärten Nichtwähler_innen scheint eine „politische Enttäuschung“ widerzuspiegeln, die sich aus empfundener Machtlosigkeit und dem Gefühl des eigenen Abhängigkeits gerade im Vergleich zu anderen speisen.

Aber anders als andere Nichtwähleranalysen und auch sozialkritische Theorien vermuten lassen, sind die erklär-

ten Nichtwähler_innen in der Befragung 2016 nicht auffallend häufig in einer prekären Lage. Vielmehr steht bei ihnen eben ein Gefühl der Benachteiligung im Vordergrund. Die hier erreichten Nichtwähler_innen haben dabei einerseits neoliberale Ideologiefragmente wie die einer ökonomistischen Werthaltung und einen Glauben an die eigene Selbstoptimierung übernommen, fühlen sich aber offenbar nicht ausreichend wertgeschätzt bzw. wünschen sich besondere Privilegien als „Etablierte“. Im Alltag dürfte sich gerade diese Gruppe, die zu 75 Prozent aus Frauen besteht, häufig nicht als Gestalter_in des eigenen Schicksals erleben und Politik als weit entfernt von ihrer eigenen Lebenswirklichkeit und ihren eigenen Problemen wahrnehmen. Der in den letzten zwei Jahren laute Rechtspopulismus holt sie genau bei dieser Benachteiligungsempfindung ab und findet dafür im „Fremden“ einen Sündenbock. Die Nichtwähler_innen ergreifen dann eher das einfache rechtspopulistische Angebot der eigenen Aufwertung durch die Abwertung der Anderen. Bei den vielen Frauen unter den Nichtwähler_innen mag zudem die tief verankerte, in Kultur und Sozialisation weitergetragene „Angst vorm fremden Mann“ eine Rolle spielen, wie sie gerade auch durch die Ereignisse der Kölner Silvesternacht angeheizt wurden. Die im Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren intensiver erforschte Geschlechterdimension sollte in der Analyse des neuen Rechtspopulismus jedenfalls stärker berücksichtigt werden. Zudem stellt sich die alles andere als triviale Aufgabe, sich stärker mit der Bedeutung von Emotionen in der politischen Debatte zu befassen und Strategien zu entwickeln, wie sich eine „gefühlte Realität“ von Menschen – speziell von Nichtwähler_innen – beeinflussen lässt. Rationale Gegenargumente und Fakten helfen hier bekanntlich nur bedingt weiter, wie die Forschung zur Meinungsbildung vielfach untersucht hat (u. a. Chaiken/Trope 1999).

Denkbar ist aber auch, dass das Bild weniger eindeutig ist, als es auf den ersten Blick erscheint. Vieles an den negativen und auch rechtspopulistischen Äußerungen könnte – dies als These – weniger „politisch“ sein, als es zunächst den Anschein hat. Vielleicht wird schlicht ein ver-

breitetes und auch bequemes „Negativ-Narrativ“ über die eigene Lage, angeblich abgehobene Politiker_innen und schlechte Einwander_innen wiederholt, was dann aber zu rechtspopulistischen Mustern gefriert. Nichtwähler_innen neigen möglicherweise zur einfachen Übernahme von ideologischen Fragmenten: Man wiederholt einfach, was man so hört, was sich dann aber zu Einstellungen verfestigt. Dazu gehören sowohl neoliberale Fragmente als auch das Schimpfen auf „die da oben“ und „die anderen“, wie es der Rechtspopulismus propagiert. Sollte diese Überlegung zutreffen, holen Rechtspopulisten etliche Personen – darunter eben auch etliche Nichtwähler_innen – also nicht nur bei ihren bereits vorhandenen Meinungstendenzen ab, sondern tragen auch zur Meinungsbildung bei, wie dies am Beispiel der Meinung über Muslime oder Geflüchtete derzeit besonders sichtbar ist. Dies könnte aber auch eine Möglichkeit eröffnen, politisch (noch) nicht festgelegte Nichtwähler_innen auch mit anderen Weltdeutungen, demokratischen Erzählungen und positiver Beteiligungserfahrung zu erreichen.

Zugleich ist die Haltung vieler Nichtwähler_innen wenig eigeninitiativ. Die negativ-kritische Haltung der Nichtwähler_innen, die sich hier herauskristallisiert, könnte also weniger ein Indikator für kritisches politisches Denken als vielmehr für ein passives Eingerichtetsein im durchaus auch bequemen Nörgeln sein – dass bei einigen ein demokratiekritisches und menschenfeindliches und im Extremfall auch gewaltlegitimierendes Weltbild schafft. Fraglich ist, ob sich diese Bevölkerungsgruppe politisch noch erreichen lässt. Wenn – das legen auch vorangegangene Nichtwähler-Analysen nahe – dürfte hier eine unmittelbare, personenbezogene, aufsuchende und abholende politische Arbeit angezeigt sein. Eine Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zu Politikeinstellungen und Politikhoffnungen, in der Bewohner_innen dreier in Sozialstruktur und Wohnlage sehr unterschiedliche Stadtteile in Fokusgruppen interviewt wurden, macht deutlich, dass den Nichtwähler_innen Partizipationsmöglichkeiten im Stadtteil viel weniger bekannt sind und sie diese auch seltener nutzen als Wähler_innen. Offenbar reicht, so der Schluss der Autor_innen, allein das Angebot von Partizipationsmöglichkeiten nicht aus, um Nichtwähler_innen einzubinden. Vielmehr seien vor allem alltägliche Ansprechbarkeit und Vertrauensbildung durch Parteien bzw. ihre politischen Akteure wichtig (Blaeser/Butzlaff/Micus/Pausch/

Skalabrino 2016). Wirksam könnten auch klassische Kontaktprogramme sein, die „Fremde“ als weniger fremd erfahren lassen. Der geringe Anteil an Katholiken könnte ein Indiz dafür sein, dass die klare Position der katholischen Kirche gegenüber den neu hinzukommenden Geflüchteten und das hohe Ausmaß ehrenamtlicher Arbeit, die in den Gemeinden geleistet wird, solche Begegnungserfahrungen bereits ermöglicht haben. Interessant wäre es, näher zu untersuchen, ob dies nicht nur positive Auswirkungen auf die Einstellung gegenüber „Fremden“ hat, wie dies eine Langzeitstudie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche belegt (Ahrends 2016), sondern darüber hinaus auch auf die Partizipation bei Wahlen erhöht.

Eine interessante Gruppe sind die noch Unentschlossenen, die in vielen Aspekten stärker den Wähler_innen als den Nichtwähler_innen ähneln. Sie sind insgesamt positiver als die Nichtwähler_innen eingestellt, überzeugter von der Demokratie und fühlen sich weniger machtlos. Zugleich ist diese Gruppe aber, wenn auch zu einem geringeren Ausmaß, ebenfalls für rechtspopulistische Parolen offen. Gerade diese Personen gilt es deshalb rechtzeitig abzuholen durch Angebote der politischen Bildung, die aber auf persönliche Einbindung und Beziehungen setzen. Die Gefahr besteht, dass diese Arbeit sonst von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien übernommen wird. Die NPD hat dies etliche Jahre in einigen Regionen der neuen Bundesländer getan und nicht zuletzt dadurch Erfolge bei Kommunal- und Landtagswahlen errungen.

Gefragt sind sicher weniger die klassischen Angebote der politischen Bildung. Erfolgversprechender dürften vielmehr aufbauende und einbindende zivilgesellschaftliche Angebote sein, die sich aus einer Mischung aus abholender und aufsuchender Sozialarbeit, Community-Bildung, Unterstützungsangeboten für alltägliche Probleme, Begegnungsmöglichkeiten, dem persönlichen Erleben und Üben von Kompromissen und Solidarität im eigenen Nahbereich und auch ein bisschen Spaß zusammensetzen. Eine Reihe von zivilgesellschaftlichen Angeboten, die erfolgreich in abgehängten Regionen arbeiten, könnte hier zur Anregung dienen. Beispiel ist der Projektverbund „Region in Aktion – Kommunikation im ländlichen Raum“ der Amadeu Antonio Stiftung, gefördert durch das Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Ziel dieses Projekts ist es, Neonazis, die strategisch Kommunikationsräume in ländlichen Regionen

besetzen, etwas entgegensetzen. Bürger_innen sollen durch neue Formen des Engagements, das auch jene einbindet, die sich sonst nicht unbedingt engagieren, zu Austausch und Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen und rechtsextremen Inhalten angeregt werden. Gearbeitet wird hier mit soziokulturellen und künstlerischen Methoden, die auf Aktivierung setzen und die Bürger_innen vor

Ort an ihren lokalen Interessen abholen, zum Beispiel durch die Auseinandersetzung mit der lokalen Geschichte oder ganz im Kleinen dem gemeinsamen Kochen mit Produkten aus den eigenen Gärten. Letztlich soll damit der Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft in diesen sehr ländlichen und oft als abgehängt geltenden Regionen gefördert und unterstützt werden.

- Ahrends, Petra-Angela (2016). Skepsis oder Zuversicht? Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen zwischen November 2015 und August 2016. Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland.
- Blaeser, Maximilian/Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Pausch, Robert/Scalabrino, Giannina (2016). Wahl und Nichtwahl. Politikeinstellungen und Politik-Hoffnung in Göttinger Stadtvierteln. *Empirische Sozialforschung* 5, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Caballero, Claudio (2005). Nichtwahl. In: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialforschung.
- Chaiken Shelly/Trope, Yaacov (1999). *Dual-process theories in social psychology*. New York: The Guilford Press.
- Faas, Thorsten (2010). Arbeitslosigkeit und Wählerverhalten. Direkte und indirekte Wirkungen auf Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen in Ost- und Westdeutschland (*Studien zur Wahl- und Einstellungsforschung*, Bd. 17, 1. Aufl.). Baden-Baden: Nomos.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002–2011). *Deutsche Zustände*, Folge 1–10. Frankfurt a. M./Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Groß, Eva/Zick, Andreas/Krause, Daniela (2012). Von der Ungleichwertigkeit zur Ungleichheit: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Vol. 16/17, 11–18.
- Groß, Eva/Hövermann, Andreas (2014). Marktförmiger Extremismus – ein Phänomen der Mitte? In: Zick, Andreas/Klein, Anna: *Fragile Mitte – Feindselige Zustände*. Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz-Verlag, S. 107–118.
- Güllner, Manfred (2013). Nichtwähler in Deutschland. Hrsg. von Dietmar Molthagen für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Kaeding, Michael/Haußner, Stefan (2016). Gut bekannt und unerreicht? Nichtwähler und Wahlbeteiligung. Hrsg. von Dietmar Molthagen für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Klein, Anna/Hüpping, Sandra (2008). Politische Machtlosigkeit als Katalysator der Ethnisierung von Verteilungskonflikten. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände*, Folge 7. Frankfurt a. M./Berlin: Suhrkamp Verlag, S. 68–88.
- Küpper, Beate (2016). Das Denken der Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Einstellungsmuster und politische Präferenzen. Hrsg. von Dietmar Molthagen. *Empirische Sozialforschung* 7. Friedrich-Ebert-Stiftung: Forum Berlin.
- Küpper, Beate/Klocke, Ulrich/Hoffmann, Carlotta (2017). Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen in Deutschland. Repräsentative Bevölkerungsumfrage für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes.
- Küpper, Beate/Zick, Andreas/Krause, Daniela (2015). PEGDIA in den Köpfen – wie rechtspopulistisch ist Deutschland? In: Zick, Andreas/Küpper, Beate: *Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland*. Hrsg. von Ralf Melzer/Dietmar Molthagen für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz Verlag.
- Neu, Viola (2012). ‚Dann bleib ich mal weg‘ – Der Mythos der Partei der Nichtwähler. Konrad-Adenauer-Stiftung – Forum empirische Sozialforschung.
- Vehrkamp, Robert (2015). Politische Ungleichheit – neue Schätzungen zeigen die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung. Hrsg. von der Bertelsmann Stiftung. In: *Einwurf – Zukunft der Demokratie* 2/2105.
- Zick, Andreas/Klein, Anna (2014). *Fragile Mitte – Feindselige Zustände*. Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz-Verlag.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (2016). *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände*. Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz-Verlag.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1	Zusammengefasster Index (relativer) Deprivation bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014 und 2016). Zustimmung in Prozent.	12
Abbildung 2	Politische Selbstverortung der Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014 und 2016). Zustimmung in Prozent.	14
Abbildung 3	Einstellungen zu Parteien und Politiker_innen der Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2016). Zustimmung in Prozent.	15
Abbildung 4	„Die Argumente der Partei Alternative für Deutschland (AfD) sind oft überzeugend.“ (2016) Zustimmung in Prozent.	17
Abbildung 5	Rechtspopulistische Einstellungen bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2016). Anteil in Prozent.	18
Abbildung 6	Gewaltaffinität bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2016). Anteil in Prozent.	20
Abbildung 7	Marktförmiger Extremismus bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2016) (ausgewählte Items). Anteil in Prozent.	22
Tabelle 1	Demografische Struktur der Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (Studie „Fragile Mitte“ 2014 und „Gespaltene Mitte“ 2016). Angaben in Prozent	10
Tabelle 2	Indikatoren von (relativer) Deprivation bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2016). Zustimmung in Prozent.	13
Tabelle 3	Einstellungen zu Politik und Parteien von Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2016). Zustimmung in Prozent.	16
Tabelle 4	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2016). Zustimmung in Prozent.	19
Tabelle 5	Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2016). Zustimmung in Prozent.	21

Dr. Beate Küpper, Dipl.-Psych., ist Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen an der Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach und arbeitet zu den Themen Vorurteile, Diskriminierung, Diversity und Integration. Am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld war sie viele Jahre in das Langzeitprojekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland eingebunden, hat das gleichnamige Projekt in Europa koordiniert und ist Mitautorin der FES-Mitte-Studie 2014 und 2016. Sie ist Mitglied der Redaktion der neu gegründeten Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ für Wissenschaft und Praxis, die im Wochenschau Verlag erscheint.

